



Bericht über den Arbeitsmarkt des Landes Brandenburg 2006/2007



**Bericht
über den Arbeitsmarkt
des Landes Brandenburg
2006/2007**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Rechtliche Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktpolitik	6
1.1 Beschäftigungspolitik der Europäischen Union	6
1.2 Bundespolitische Rahmenbedingungen	8
2. Die Situation am Brandenburger Arbeits- und Ausbildungsmarkt	12
2.1 Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung	12
2.2 Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit	22
2.3 Zuwachs an gemeldeten Stellen	29
2.4 Der Ausbildungsmarkt im Land Brandenburg	29
2.5 Regionale Disparitäten im Land Brandenburg	33
2.6 Arbeitsmarktentlastung durch Pendeln	39
3. Aktive Arbeitsförderung im Land Brandenburg	41
3.1 Veränderungen im Mitteleinsatz	41
3.2 Struktur und Entwicklung der aktiven Arbeitsförderung in Brandenburg	43
3.3 Verbleib nach der Förderung – Ergebnisse der Eingliederungsbilanz	47
4. Arbeitspolitik des Landes Brandenburg	49
4.1 Leitlinien der Brandenburger Arbeitspolitik	49
4.2 Das Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) in der ESF-Förderperiode 2000 bis 2006	52
4.2.1 Methodik und System der Qualitätssicherung des LAPRO	54
4.2.2 Umfang der Förderleistungen in der Förderperiode 2000 bis 2006	55
4.3 Zentrale Ergebnisse der Arbeitsförderung in 2006	57
4.3.1 Gesamtüberblick zum Fördergeschehen	57
4.3.2 Ergebnisse einzelner Förderprogramme nach Schwerpunktbereichen	59
4.3.3 Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch regionale Kompetenzbildung	64
Anlagen	67
Verzeichnis der Grafiken und Tabellen	67
Abkürzungsverzeichnis	70

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diese Broschüre informiert Sie darüber, wie sich in den Jahren 2006/2007 Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarkt im Land Brandenburg entwickelt haben. Eine Thematik, die natürlich nicht losgelöst von wirtschaftlichen und demografischen Prozessen oder politischen Entscheidungen auf EU-, Bundes- und Landesebene gesehen werden kann. Daher gehören zum Bericht u. a. auch Details zur Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung ebenso wie zur Arbeitsförderung von Bundesagentur und Kommunen. Somit haben Sie eine kompakte Analyse der brandenburgischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation in der Hand.



Die Jahre 2006/2007 brachten erstmals eine Trendwende in der Beschäftigungsentwicklung des Landes: Mit dem konjunkturellen Wirtschaftsaufschwung wuchs gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Beschäftigten; die Wachstumsrate von 1,9 Prozent ließ auch die sozialversicherungspflichtige Arbeit ansteigen; Brandenburgs Betriebe stellen wieder ein. Dies unterstreicht auch die Entwicklung offener Stellen, denn die Zahl der ungeförder-ten Stellen ist überproportional gewachsen.

Dieser Aufwärtstrend gibt dem Brandenburger Arbeitsmarkt insgesamt gute Impulse: So erreichte die Arbeitslosenquote in 2006 wieder das Niveau des Jahres 2000 und lag mit dieser Senkung vergleichsweise günstiger als die anderen Länder Deutschlands. Im Juni 2007 hatte Brandenburg deutlich unter 200.000 Arbeitslose – den niedrigsten Wert seit elf Jahren. Leider profitieren nicht alle Arbeitslosen gleichermaßen von diesem Aufwind. Insbesondere Langzeitarbeitslose finden nach wie vor nur schwer Beschäftigung. Deshalb sind Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung weiterhin nötig, um den Arbeitsmarkt zu entlasten – wie z. B. öffentlich geförderte Arbeit. Ohne entsprechende Aktivitäten der Bundesagentur für Arbeit hätten wir in 2006 etwa 40 Prozent mehr Arbeitslose gehabt.

Die Arbeitsmarktpolitik setzte 2006/2007 neue Akzente: Bundespolitisch etablierte sich die „Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt“ und setzte deutliche Signale zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Verschiedene neue Instrumente sollen helfen, Langzeitarbeitslose bzw. schwer vermittelbare Menschen wieder langfristig in Beschäftigung zu bringen. Das Land nutzt seine Möglichkeiten, mittels des Europäischen Sozialfonds eigene Schwerpunkte zur Verbesserung der Situation von Arbeitslosen zu setzen. Wichtiges Handlungsfeld ist hier die Stärkung und Aktivierung der arbeitsmarktpolitischen Kompetenzen und Potenziale „vor Ort“ – wie es u. a. mit dem „Regionalbudget“ geschieht. Dieses Förderinstrument unterstützt die regionale Selbständigkeit, denn die kommunalen Akteure wissen im engen Kontakt mit den Unternehmen am besten, was ihre Stadt, ihre Gemeinde für eine gesunde Entwicklung braucht und was möglich ist. Deshalb wurde

das „Regionalbudget“ ab 2007 flächendeckend eingeführt und steht allen Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs zur Verfügung.

Auch hier hat – und das machen die Bilanzen und Statistiken dieser Broschüre eindrucksvoll deutlich – der Erfolg viele Mütter und Väter. Ohne die konstruktive, enge und verantwortungsvolle Zusammenarbeit mit allen Akteuren des Arbeitsmarktes wären wir nicht so weit gekommen. Deshalb danke ich den Sozialverbänden, der Wirtschaft, den Kommunen, den Trägern der Arbeitsförderung, den Arbeitsverwaltungen herzlich für ihr engagiertes Mitwirken. Wir haben uns ein stabiles Fundament geschaffen, das eine gute Basis für die künftigen Herausforderungen ist. Ich verbinde meinen Dank mit der Hoffnung, dass wir auch künftig die Probleme ideenreich anpacken und gemeinsam bewältigen werden.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre.



Dagmar Ziegler
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
des Landes Brandenburg

1. Rechtliche Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktpolitik

Die Brandenburger Arbeitspolitik ist eingebunden in die Beschäftigungspolitik der Europäischen Union und in die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik des Bundes. Das folgende Kapitel konzentriert sich auf die Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die durch die Arbeitsmarktpolitik des Bundes gesetzt werden, sowie wesentlicher Aspekte der Beschäftigungspolitik der Europäischen Union in den Jahren 2006/07.

1.1 Beschäftigungspolitik der Europäischen Union¹

Ziel der Lissabon-Strategie, die im Jahr 2000 beschlossen wurde, ist es, die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Im Rahmen der Lissabon-Strategie wurde vereinbart, die allgemeine Beschäftigungsquote in der EU bis 2010 auf 70 Prozent, die der Frauen auf 60 Prozent und die der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf 50 Prozent zu erhöhen.

Im Kontext der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie wurden im Juli 2005 integrierte Leitlinien für Wachstum und Arbeitsplätze verabschiedet, die die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und die beschäftigungspolitischen Leitlinien in einem Paket zusammenfassen. Die integrierten Leitlinien wurden für den Zeitraum von 2005 bis 2008 beschlossen. Insofern blieben die beschäftigungspolitischen Leitlinien als Teil der integrierten Leitlinien in den Jahren 2006/2007 unverändert.

Die beschäftigungspolitischen Leitlinien sind unter folgende drei Prioritäten gestellt:

- mehr Menschen in Arbeit bringen und die sozialen Sicherungssysteme modernisieren;
- die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen verbessern und die Flexibilität der Arbeitsmärkte steigern;
- die Investitionen in Humankapital durch Verbesserung von Bildung und Qualifizierung erhöhen.

In acht spezifischen Leitlinien sind im Einzelnen die Handlungsfelder zur Umsetzung dieser Schwerpunkte benannt:

1. Die Beschäftigungspolitik auf Vollbeschäftigung, Steigerung der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts ausrichten.
2. Einen lebenszyklusorientierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik fördern.

¹ Weitere Informationen zur Beschäftigungspolitik der Europäischen Union finden sich unter http://europa.eu/index_de.htm.

3. Integrative Arbeitsmärkte schaffen, Arbeit attraktiver und für Arbeitsuchende – auch für benachteiligte Menschen – und Nichterwerbstätige lohnend machen.
4. Den Arbeitsmarkterfordernissen besser gerecht werden.
5. Unter gebührender Berücksichtigung der Rolle der Sozialpartner Flexibilität und Beschäftigungssicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis bringen und die Segmentierung der Arbeitsmärkte verringern.
6. Die Entwicklung der Arbeitskosten und die Tarifverhandlungssysteme beschäftigungsfreundlicher gestalten.
7. Die Investitionen in Humankapital steigern und optimieren.
8. Die Aus- und Weiterbildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen ausrichten.

Die integrierten Leitlinien für Wachstum und Arbeitsplätze waren die Basis für die nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten, die bis Ende 2005 vorgelegt wurden, und deren Umsetzung in den Fortschrittsberichten für die Jahre 2006/2007 dargestellt sind. Diese jährlichen Fortschrittsberichte bilden wiederum die Basis für den gemeinsamen Beschäftigungsbericht der EU, mit dem die Umsetzung der nationalen Reformprogramme für den Beschäftigungsbereich in den Mitgliedstaaten bewertet wird.

Im gemeinsamen Beschäftigungsbericht der EU für 2006/2007 wird eingeschätzt, dass „die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung Ergebnisse (zeigt) und auch die Arbeitsmarktreformen Früchte (tragen), obwohl weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die Beschäftigungsziele Europas zu erreichen“. Die Arbeitslosigkeit ging in der Europäischen Union von 9,1 Prozent im Jahr 2004 auf 8,8 Prozent im Jahr 2005 zurück und die Beschäftigungsquote stieg 2005 um 0,8 Prozent auf 63,3 Prozent – dies ist der höchste Anstieg seit 2001. Für 2006 gibt eurostat einen Wert von 64,4 Prozent an. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun, um die Ziele der Lissabon-Strategie zu erreichen, denn trotz der Fortschritte bleibt die Beschäftigungsquote um 5,6 Prozent unter dem Lissabon-Ziel von 70 Prozent bis 2010. Die Beschäftigungsquoten für Frauen bzw. Ältere liegen um 2,8 Prozent bzw. 6,5 Prozent unter den Zielmarken von Lissabon.

Die integrierten Leitlinien für Wachstum und Arbeitsplätze waren auch Orientierungsrahmen für die Strategischen Kohäsionsleitlinien, welche Ausgangspunkt der Strukturfondsförderung in der EU-Förderperiode 2007 – 2013 sind. Als solche wurden sie gemeinsam mit den Handlungsfeldern des Nationalen Reformprogramms bei der Formulierung des Nationalen Strategischen Rahmenplans für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland 2007 – 2013 maßgeblich berücksichtigt. Aus arbeitspolitischer Sicht bzw. mit Blick auf die Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) 2007 – 2013 heißen die entscheidenden Handlungsfelder des Nationalen Reformprogramms „Wissensgesellschaft ausbauen“ sowie „Arbeitsmarkt auf neue Herausforderungen ausrichten – demografischen Veränderungen begegnen“. Die Verknüpfung von Integrierten Leitlinien, Nationalem Reformprogramm, Kohäsionsleitlinien und Nationalem Strategischem Rahmenplan stellt sicher, dass bis hin zur Ebene der regionalen Operationellen Programme (OP) die Ziele der neu ausgerichteten Lissabonstrategie berücksichtigt werden. Denn im Genehmigungsverfahren werden die OP 2007 – 2013 durch die Europäische Kommission unter anderem auf ihre Kohärenz mit dem Nationalen Strategischen Rahmenplan geprüft.

Das OP für den Einsatz des ESF im Land Brandenburg in der Förderperiode 2007 – 2013 wurde im Januar 2007 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht. Mit der Genehmigungsentscheidung der Kommission vom 04.07.2007 hatte Brandenburg in Deutschland, aber auch im europaweiten Vergleich eines der ersten genehmigten ESF-OP. Parallel zum Genehmigungsverfahren wurde bereits Anfang 2007 mit der Konzipierung konkreter Förderprogramme für Brandenburg begonnen, um die Umsetzung der im ESF-OP formulierten Ziele zügig in Angriff nehmen zu können. Bis Ende 2007 soll die Er- und Überarbeitung der Förderprogramme i. S. des neuen ESF-OP vorerst abgeschlossen sein.

1.2 Bundespolitische Rahmenbedingungen

In den Jahren 2006/2007 fand eine Weiterentwicklung der wesentlichen Gesetze im Bereich der Arbeitsmarktpolitik statt. Es wurden Änderungen für das Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) beschlossen und das Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) fortentwickelt. Die Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt entwickelte neue Förderansätze zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt

Die Einsetzung der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt unter Leitung von Bundesminister Müntefering wurde am 23. August 2006 vom Bundeskabinett beschlossen. Ihr Auftrag ergab sich aus dem Koalitionsvertrag und umfasste drei Bereiche: die Neuordnung des Niedriglohnssektors, Handlungserfordernisse für Langzeitarbeitslose mit schweren Vermittlungshemmnissen und die Effizienzsteigerung bei der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende. In der Arbeitsgruppe wirkten neben den Bundesministerien für Arbeit und Soziales, Finanzen sowie Wirtschaft und Technologie das Bundeskanzleramt, Abgeordnete der Koalitionsfraktionen des Bundestages sowie für die Länder der Arbeitsminister Nordrhein-Westfalens Karl-Josef Laumann und die brandenburgische Arbeitsministerin Dagmar Ziegler mit.

Die Arbeitsgruppe konstituierte sich am 19. September 2006. Zunächst wurden Expertenanhörungen zu den vorgesehenen Themen durchgeführt – also zu Kombilohn, Mindestlohn, Hinzuverdienst, „Dritter Arbeitsmarkt“ und zur Effizienz des SGB II. Seit November 2006 wurden die Themen in Sitzungen der Arbeitsgruppe diskutiert, parallel wurde der Abschlussbericht erarbeitet. Die abschließende Sitzung fand am 26. April 2007 statt.

Wesentliche Ergebnisse der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt sind inzwischen gesetzlich umgesetzt. Das betrifft den Qualifizierungskombilohn für Jugendliche (4. Gesetz zur Änderung des SGB III) und den Beschäftigungszuschuss für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen (2. Gesetz zur Änderung des SGB II):

Der **Qualifizierungskombilohn für Jugendliche** ist ein Lohnkostenzuschuss mit teilweiser Zweckbindung. Zielgruppe sind langzeitarbeitslose Jugendliche aus den Rechtskreisen SGB III und SGB II. Der Lohnkostenzuschuss bei einem Bruttolohn von maximal 1.000 € beträgt für erstere 50 Prozent. Davon sind 35 Prozent klassischer Zuschuss, 15 Prozent sind zwingend für Qualifizierungsmaßnahmen einzusetzen. Bei langzeitarbeitslosen Jugendlichen mit Berufsabschluss liegt der Lohnkostenzuschuss zwischen 25 und 50 Prozent.

Die Qualifizierung soll an betrieblichen Bedürfnissen ausgerichtet sein und möglichst mit einem Zertifikat enden. Nach entsprechenden Beschäftigungs- und Qualifizierungszeiten kann ein Berufsabschluss im Wege der Externenprüfung erreicht werden. Das Instrument ist auf drei Jahre befristet.

Der auf der Grundlage eines Vorschlags von MdB Brandner und Minister Laumann entwickelte **Beschäftigungszuschuss für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen** wurde als § 16a in das SGB II aufgenommen. Er ist ein zielgruppenspezifischer Lohnkostenzuschuss und beinhaltet damit im Kern einen Minderleistungsausgleich von bis zu 75 Prozent. Vorgesehen ist bis zum Ende der Legislaturperiode die Schaffung von 100.000 sozialversicherungspflichtigen, längerfristigen Beschäftigungsverhältnissen für die o. g. Zielgruppe. Die Entlohnung muss mindestens der maßgeblichen untersten Tarifgruppe entsprechen oder ortsüblich sein. Damit soll erreicht werden, dass für den einzelnen Beschäftigten möglichst keine Transferleistungen aus dem SGB II mehr erforderlich sind. Mit Sozialversicherungspflicht und Langfristigkeit wird hier ein Paradigmenwechsel gegenüber bisheriger Förderpolitik eingeleitet.

Das Programm richtet sich an Langzeitarbeitslose, die neben der Dauer der Arbeitslosigkeit weitere Vermittlungshemmnisse aufweisen, bei denen der Einsatz der vorhandenen Instrumente bisher erfolglos war und für die innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Integration in reguläre Arbeit nicht möglich scheint.

Der **Kommunal-Kombilohn** greift eine Überlegung der AG Arbeitsmarkt für Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit auf. Durch zusätzliche, gesellschaftlich notwendige Bürgerarbeit vor Ort sollen Langzeitarbeitslose in mehrjährige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert werden. Die hierbei erbrachten Aufgaben sollen lokal erbracht werden und eine besondere Notwendigkeit aufweisen. Der Bund unterbreitet hierzu ein Zuschuss-Angebot an die Kommunen bis zur Hälfte des Arbeitnehmerbruttoarbeitsentgeltes, höchstens jedoch 500 Euro. Zusätzlich stellt der Bund über die gesamte Laufzeit des Programms 300 Mio. Euro ESF-Mittel zur ergänzenden Finanzierung der Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Ausfinanzierung soll aus Mitteln der Kommunen und der Länder erfolgen. Die Umsetzung dieses Programms beginnt am 1. Januar 2008.

Fortentwicklung des SGB II

Das Jahr 2006 war geprägt von umfangreichen Änderungen der im Rahmen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zum 01. Januar 2005 in Kraft getretenen Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sozialgesetzbuch Zweites Buch, SGB II).

Während das 1. Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 24. März 2006 (BGBl. I S. 558) im Wesentlichen die Aufnahme der unter 25 Jährigen in die elterliche Bedarfsgemeinschaft regelte, wurden mit dem Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 20.07.2006 (BGBl. I S. 1706) ein Paket von Änderungen umgesetzt, die sowohl den Bereich der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes als auch das Gebiet der Integration in Arbeit betrafen. Ziel des Gesetzes war es, durch die Umsetzung der erforderlichen Veränderungen in der Verwaltungspraxis, bei der Vermeidung von Leistungsmissbrauch, bei den Eingliederungsleistungen, im Leistungsrecht sowie beim Zusammenwirken mit anderen Rechts- und Leistungssystemen Kräfte und Ressourcen freizusetzen, damit jedem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen die erforderliche gezielte Unterstützung bei der Arbeits- und Ausbildungssuche effizient geleistet werden kann. In Umsetzung dieser Zielsetzung wurde u. a. die Möglichkeit geschaffen, Arbeitsuchenden, die nicht aus dem Arbeitslosengeld-Bezug kommen und erstmals einen Antrag auf SGB II-Leistungen stellen, bereits bei Antragstellung ein Sofortangebot zur Eingliederung in Arbeit zu unterbreiten. Darüber hinaus wurden die Möglichkeiten einer Leistungskürzung für Erwachsene über 25 Jahren bei Verletzung bestimmter Mitwirkungspflichten verschärft und die Sanktionsmöglichkeiten für Leistungsempfänger/-innen unter 25 Jahren flexibler geregelt. Im Interesse der Integration ausbildungsplatzsuchender Jugendlicher wurde für die Leistungsträger nach dem SGB II, die ansonsten die Arbeits- und Ausbildungsplatzvermittlung als Pflichtleistung erbringen, gesetzlich die Möglichkeit geschaffen, die Ausbildungsvermittlung auf die Agenturen für Arbeit gegen Kostenerstattung zu übertragen.

Außerdem enthält das Gesetz einige organisatorische Regelungen zur effektiveren Bekämpfung von Leistungsmissbrauch (Einrichtung eines Außendienstes, Schaffung einer Rechtsgrundlage für Telefonbefragungen, Erweiterung der Möglichkeiten des Datenabgleichs).

Änderungen des SGB III

Im Jahr 2006 wurde auch eine Reihe von Änderungen des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) auf den Weg gebracht. Nachfolgend die wesentlichen im Einzelnen:

- Die beiden Instrumente der Existenzgründungsförderung aus der Arbeitslosigkeit „Ich-AG“ und Überbrückungsgeld wurden zu einem Förderinstrument – dem Gründungszuschuss – zusammengefasst. Damit wurde ab 1. August 2006 eine kombinierte Existenzgründungsförderung in das SGB III eingeführt, die als konditionierte Pflichtleistung ausgestaltet ist und mit der in der ersten Förderphase ein Beitrag zum Lebensunterhalt und zur sozialen Sicherung und in der zweiten Förderphase zum Sozialversicherungsschutz der Gründerinnen und Gründer geleistet wird.
- Mit dem Gesetz zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung wurde zum 1. Dezember 2006 das sogenannte Saison-Kurzarbeitergeld eingeführt. Das neue Leistungssystem trat an die Stelle des Winterausfallgeldes und schafft die Grundlagen dafür, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bauhauptgewerbe und Dachdeckerhand-

werk bei saisonbedingten Arbeitsausfällen in den Wintermonaten weiter zu beschäftigen. Dadurch können Entlassungen in diesen Bereichen vermieden und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten entgegengewirkt werden.

- Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2007 von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent gesenkt. Die Beitragssenkung wird teilweise durch Zuweisungen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit aus der Mehrwertsteuererhöhung kompensiert.

Ende 2006 legte die Bundesregierung den Endbericht zur Evaluation des Ersten bis Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vor. Ein Schwerpunkt dieses Berichtes ist neben der Evaluierung des Umbaus der Bundesagentur für Arbeit die Wirkungsanalyse wesentlicher arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Die vorliegenden Ergebnisse der Evaluierung sollen die Basis bilden für eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente des SGB III. Der Referentenentwurf wird Ende 2007 erwartet.

2. Die Situation am Brandenburger Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Das folgende Kapitel analysiert die Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation im Land Brandenburg. Die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt als auch auf dem Ausbildungsmarkt werden maßgeblich von der Wirtschaftsentwicklung und der daraus resultierenden Beschäftigungswirkung bestimmt. Deshalb wird der Arbeitsmarktanalyse eine kurze Darstellung der Wirtschaftsentwicklung vorangestellt. Ausgehend von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Brandenburgs im Jahr 2006 werden die Entwicklung und die Struktur der Arbeitslosigkeit näher betrachtet. Ergänzt wird diese Beschreibung und Bewertung durch Angaben, die sich auf das erste Halbjahr 2007 beziehen. Die Zahlen für 2007 besitzen zwar einen vorläufigen Charakter, ermöglichen jedoch erste Trendaussagen. Anschließend erfolgt die Darstellung der Situation des Ausbildungsmarktes. Die räumliche Struktur des Landes beeinflusst die Situation am Arbeits- und Ausbildungsmarkt, so weisen die Regionen im engeren Verflechtungsraum Brandenburgs ein anderes sozio-ökonomisches Entwicklungsmuster auf als die peripheren Regionen. Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitslosigkeit werden deshalb auch aus regionaler Perspektive beleuchtet. Das Kapitel schließt mit der Betrachtung der Arbeitskräftemigration, denn sie ist in Brandenburg ein wichtiger Entlastungsfaktor für den Arbeitsmarkt.

2.1 Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung

Im Jahr 2006 hat sich die Wirtschaft in Brandenburg positiv entwickelt. Wie Ostdeutschland insgesamt konnte auch Brandenburg trotz weiter vorhandener struktureller Schwächen am konjunkturellen Aufschwung partizipieren. Erwirtschaftet wurde ein nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP)² von 49,5 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 3 Prozent. Die gute wirtschaftliche Entwicklung hält weiter an, so erhöhte sich das BIP in Brandenburg im ersten Halbjahr 2007 im Vergleich zum Jahr 2006 um 5,3 Prozent.

Positive Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes

Das reale BIP in Brandenburg entwickelte sich im Vergleich zum Jahr 2005 positiv – es nahm real (d. h. preisbereinigt verkettet) um 1,9 Prozent zu. Im Vergleich dazu betrug der Zuwachs im Bundesgebiet Ost³ 2,8 Prozent, im Bundesgebiet West 2,7 Prozent. Für Deutschland betrug der Zuwachs ebenfalls 2,7 Prozent. Betrachtet man den Zeitraum seit dem Jahr 2000, so nahm das reale BIP in Brandenburg um 2,7 Prozent zu. Im gleichen Zeitraum stieg es im Bundesgebiet Ost um 4,9 Prozent und um 6,2 Prozent im Bundesgebiet West.

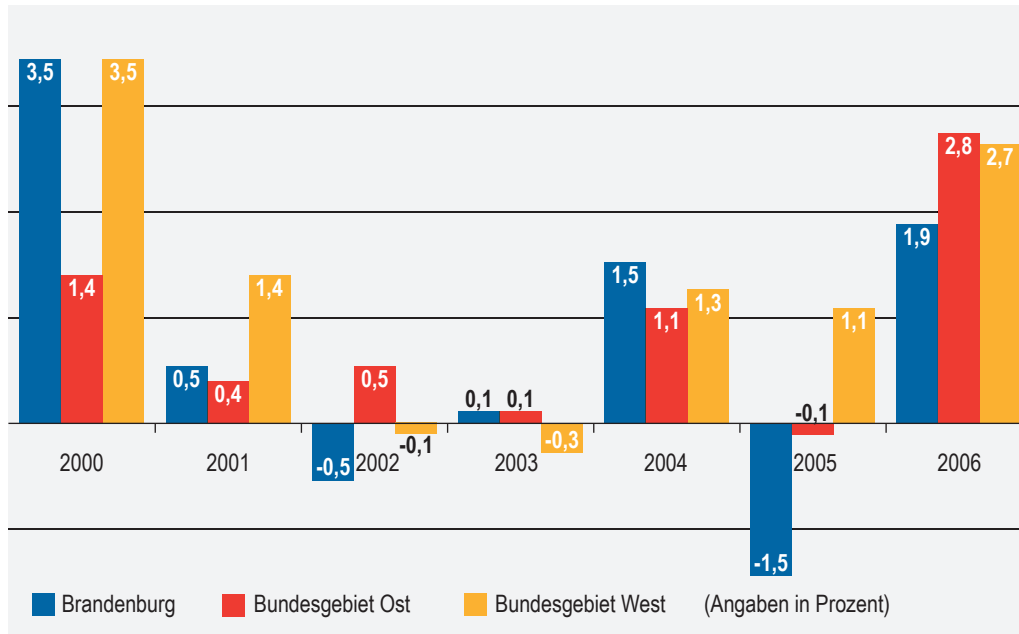
Betrachtet man die Wachstumsraten nach Ländern, so hat sich das reale BIP in 2006 am stärksten in Sachsen mit 4,0 Prozent entwickelt, gefolgt von Baden-Württemberg mit 3,5 Prozent sowie Hamburg und Thüringen mit 3,1 Prozent und Sachsen-Anhalt mit 3,0 Prozent. Damit wuchs die Wirtschaft in drei ostdeutschen Bundesländern schneller

2 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gibt Auskunft darüber, wie hoch die Produktionsleistung eines Landes ist. Es misst die Summe der Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland bzw. in der Region nach Abzug der Vorleistungen.

3 Die Daten für Ostdeutschland enthalten Berlin Ost und West, Daten für Westdeutschland werden ohne Berlin ausgewiesen.

Grafik 1

**Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes 2000 bis 2006
im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West**



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Ergebnisse der Revision 2005; Stand: Februar 2007

als im gesamtdeutschen Durchschnitt. In Brandenburg bleibt die Wachstumsrate unter den ost- und westdeutschen Durchschnittswerten. Zu den Ursachen gehören die ungünstige Branchenstruktur und der geringe Besatz mit Industrieunternehmen. Mit der Entwicklung des Jahres 2006 wird der im Jahr 2005 unterbrochene mehrjährige Trend eines schnelleren Wirtschaftswachstums im Osten wieder aufgenommen (vgl. Grafik 1).

Die Dynamik des realen Wirtschaftswachstums wird sich auch in 2007 fortsetzen, bereits im ersten Halbjahr 2007 zeigt sich ein Anstieg des um Preisveränderungen bereinigten BIP um 2,8 Prozent gegenüber 2006. In diesem Zeitraum wuchs das reale BIP für Gesamtdeutschland um 2,9 Prozent. Zwar liegt die Brandenburger Wachstumsrate noch leicht unter dem gesamtdeutschen Durchschnittswert, jedoch lassen sich Aufholenden erkennen. Die Erwartungen sind auch für das zweite Halbjahr 2007 weiterhin sehr optimistisch.

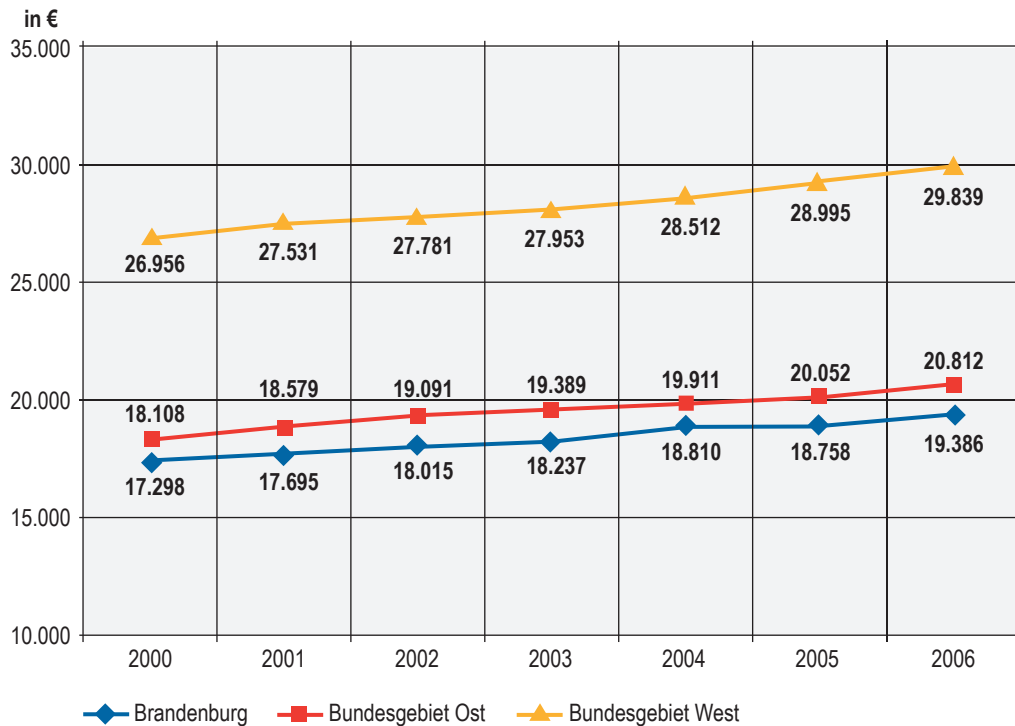
Zur positiven Entwicklung in Brandenburg hat insbesondere die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe beigetragen. Mit einem Zuwachs von 6,4 Prozent in der realen Bruttowertschöpfung im Jahr 2006 ist das Verarbeitende Gewerbe in Brandenburg ein wichtiger Wachstumssektor. Erstmals seit 10 Jahren gab es auch im Baugewerbe eine positive Entwicklung mit 3 Prozent.

Obwohl für Brandenburg ein wirtschaftlicher Aufschwung feststellbar ist, so zeigt eine Analyse des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner für das Jahr 2006, dass weiterhin

Grafik 2

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2000 bis 2006

im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West

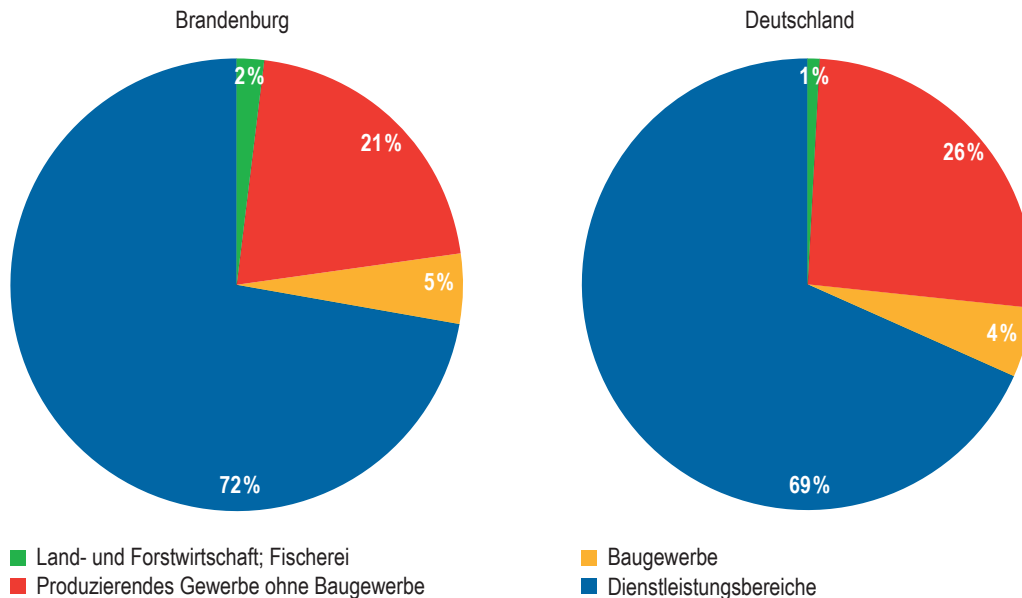


Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“;
Reihe 1 Länderergebnisse; Ergebnisse der Revision 2005;
Stand: Februar 2007; Vorjahrespreisbasis

Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen ost- und westdeutschen Regionen bestehen. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 2006 in Brandenburg 19.386 Euro, das ist ein Zuwachs von 3,3 Prozent gegenüber dem Jahr 2005. Es lag damit unter dem Durchschnitt des Bundesgebietes Ost mit 20.812 Euro. Im Ländervergleich erreichte Brandenburg damit allerdings nur den vorletzten Platz. Ein Vergleich mit Westdeutschland verdeutlicht den nach wie vor vorhandenen Rückstand der ostdeutschen Bundesländer. Dort betrug das BIP je Einwohner 29.839 Euro (vgl. Grafik 2). Allerdings war der Anstieg des BIP je Einwohner gegenüber 2005 sowohl in Brandenburg mit 3,2 Prozent als auch in Ostdeutschland mit 3,7 Prozent höher als in Westdeutschland mit 2,8 Prozent. Damit konnte Brandenburg 65 Prozent der westdeutschen Wertschöpfung erreichen, für Ostdeutschland beträgt der Wert 70 Prozent. Im längerfristigen Vergleich (seit 2000) nahm das BIP je Einwohner in Brandenburg um 12,1 Prozent zu, in Ostdeutschland um 14,9 Prozent, in Westdeutschland dagegen nur um 10,7 Prozent. Insgesamt zeigt sich, dass sich der wirtschaftliche Angleichungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland wieder in Gang gesetzt hat, jedoch mit verhaltenem Tempo.

Grafik 3

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2006 im Land Brandenburg und in Deutschland



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Ergebnisse der Revision 2005; Stand: Februar 2007; in jeweiligen Preisen

Zuwachs bei der Arbeitsproduktivität⁴

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen oder die Arbeitsproduktivität nahm 2006 im Vergleich zum Vorjahr in Brandenburg ebenfalls zu (2,4 Prozent), Gleiches gilt für das Bundesgebiet Ost (2,5 Prozent) und das Bundesgebiet West (2,2 Prozent). Mit 48,7 Tausend Euro nahm Brandenburg hier den dritten Platz unter den ostdeutschen Ländern ein. Allerdings waren die Wachstumsraten in den anderen ostdeutschen Ländern mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns höher. Im Vergleich des Jahres 2006 zum Jahr 2000 stieg die Arbeitsproduktivität in Brandenburg ebenso wie in Ostdeutschland um 15,4 Prozent, in Westdeutschland um 11,1 Prozent.

Sektoraler Strukturwandel hält an

Die Strukturschwäche der ostdeutschen und auch der brandenburgischen Wirtschaft wird deutlich, wenn man sich die Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2006 ansieht. Grafik 3 zeigt, dass in Brandenburg der Anteil der Land- und Forstwirtschaft mit 2,1 Prozent im Vergleich zu 1,0 Prozent in Deutschland immer noch sehr hoch ist. Das Gleiche trifft für das Baugewerbe mit 5,2 im Vergleich zu 4,0 Prozent zu. Deutliche Rückstände gibt es dafür im Bereich produzierendes Gewerbe mit 20,4 im Vergleich zu 26,0 Prozent. Im Dienstleistungsbereich dagegen liegt der

⁴ Die Arbeitsproduktivität errechnet sich aus der Quote des realen Bruttoinlandsproduktes und der Erwerbstätigen.

Anteil Brandenburgs und Ostdeutschlands mit 72,3 resp. 72,9 Prozent leicht über dem Wert von Deutschland mit 69,0 Prozent.

Für 2007 zeichnet sich eine Fortsetzung der günstigen Wirtschaftsentwicklung ab. In der ersten Jahreshälfte gab es im Vorjahresvergleich steigende Produktionsindex- und Umsatzzahlen. Auch Indikatoren wie der Auftragseingang entwickeln sich positiv.

Zur Erwerbstätigkeit in Brandenburg

Entsprechend der Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2006 sind die Erwerbstätigenzahlen in Brandenburg gestiegen. Besonders positiv ist die Zunahme bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Für 2007 wird eine Fortsetzung des Anstiegs der Erwerbstätigenzahl erwartet. So zeigt sich für das erste Quartal 2007 bereits ein überdurchschnittlicher Zuwachs bei der Erwerbstätigenentwicklung. Als Anzeichen eines anhaltenden Konjunkturaufschwungs kann zudem die weitere Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gewertet werden.

Struktur und Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Bei der Gruppe der Erwerbstätigen ist zwischen den abhängig Beschäftigten sowie den Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen und Beamten zu unterscheiden. Die Entwicklung im Jahr 2006 verlief – wie bei der Erwerbstätigkeit insgesamt – in beiden Gruppen positiv. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Arbeitnehmer/-nehmerinnen um 0,5 Prozent, die der Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen um 1 Prozent zu. Damit hat die Dynamik der unternehmerischen Selbständigkeit etwas abgenommen, in den Vorjahren nahm die Zahl der Selbständigen außerordentlich stark zu. Die Zahl der Beamten sank um 4,0 Prozent. Die Beschäftigtengruppen innerhalb der abhängig Beschäftigten (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte) entwickelten sich differenziert (Grafik 4).

Die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort im Jahr 2006 betrug in Brandenburg 1.014.250⁵, das sind 8.350 oder 0,8 Prozent mehr als im Vorjahr. In Ostdeutschland erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen ebenfalls um 0,8 Prozent, in Westdeutschland um 0,7 Prozent. Zwischen den Jahren 1991 und 2006 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Brandenburg ebenso wie in Ostdeutschland um 15 Prozent ab, in Westdeutschland dagegen stieg sie um 5,8 Prozent an. In diesem langen Betrachtungszeitraum wirken hier im besonderen Maße die Strukturbrüche, die in Folge der deutschen Einheit zu verzeichnen waren. Aber auch bei Betrachtung des kürzeren Zeitraumes seit 2000 ging die Zahl der Erwerbstätigen in Brandenburg um 4,7 Prozent zurück.

Die positive Entwicklung des Jahres 2006 setzt sich 2007 fort: Im 1. Vierteljahr 2007 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Brandenburg im Vergleich zum Vorjahresquartal um 2,3 Prozent zu, das war der Spitzenwert unter allen Bundesländern. Im Bundesdurchschnitt stieg die Erwerbstätigenzahl um 1,5 Prozent.

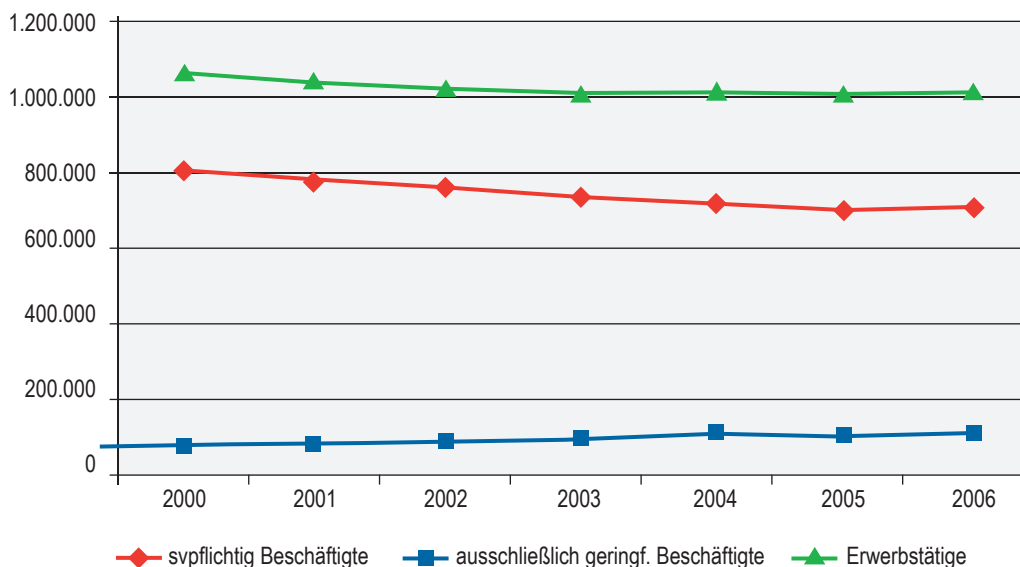
Die Erwerbstätigenquote⁶ betrug im Jahr 2006 in Brandenburg 65,7 Prozent. Damit liegt der Wert sowohl über der Erwerbstätigenquote für Ostdeutschland mit 61,2 Prozent

5 Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, Berechnungsstand Mai 2007

6 Erwerbstätigenquote: Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren an der Wohnbevölkerung der Altersgruppe. Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ergebnisse des Mikrozensus für das Land Brandenburg.

Grafik 4

Beschäftigungsentwicklung Juni 2000 bis Juni 2006 im Land Brandenburg



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1 Länderergebnisse (Stand: Februar 2007)

und für Westdeutschland mit 65,6 Prozent. Gegenüber 2005 zeigt sich für Brandenburg ein Anstieg um 3,2 Prozentpunkte. Insgesamt kann festgestellt werden, dass nur zwei Drittel der Personen im erwerbsfähigen Alter in Brandenburg erwerbstätig sind. Das Problem der Arbeitslosigkeit verhindert weiterhin eine höhere Erwerbstätigenquote in Brandenburg.

Während die Erwerbstätigenquote bei den Männern in Brandenburg 67,5 Prozent beträgt, liegt sie bei den Frauen lediglich bei 63,8 Prozent, obgleich Frauen gleichfalls eine hohe Erwerbsorientierung aufweisen. Die Erwerbstätigenquote der Älteren zwischen 55 und 65 Jahren lag bei 43,9 Prozent. Das ist ein Anstieg um 5,2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr und um 11,9 Prozentpunkte seit April 2001. Betrachtet man die in der Gruppe der Älteren die Alterskohorte der 55- bis 60-Jährigen, so weist diese eine Erwerbstätigenquote von 62,0 Prozent auf. Das bedeutet einen Anstieg um 2,6 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich und seit April 2001 einen Anstieg um 8,7 Prozentpunkte. Die geänderten Bedingungen für Frühverrentungen haben dazu geführt, dass für viele Erwerbstätigen in der Altersgruppe 55 bis 60 Jahre ein früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben weniger attraktiv geworden ist. Zudem partizipieren ältere Erwerbstätige auch am konjunkturell bedingten Beschäftigungsaufschwung in Brandenburg, wenn auch nicht im gleichem Umfang wie Jüngere.

Anstieg bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

Am 30. Juni 2006 waren in Brandenburg 705.763 Männer und Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das sind 69,6 Prozent der Erwerbstätigen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat im Vorjahresvergleich um 6.818 Personen oder

1 Prozent zugenommen. Der Zuwachs in Ostdeutschland und der in Westdeutschland waren mit 0,8 Prozent bzw. mit 0,6 Prozent etwas geringer. Damit wurde der über viele Jahre anhaltende Rückgang gestoppt, erstmals nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder zu. Diese Entwicklung setzt sich auch im Jahr 2007 fort – im Juni 2007 gab es in Brandenburg 726.800 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, das waren 20.979 bzw. 3,0 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Brandenburg nimmt damit beim Wachstum sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bundesweit den ersten Platz ein und liegt um 0,5 Prozentpunkte über dem ostdeutschen Durchschnitt.

In der längerfristigen Betrachtung zwischen 2000 und 2006 ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg um 13 Prozent zurück, in Ostdeutschland um 12 Prozent, im Bundesgebiet West dagegen lediglich um 3 Prozent (Tabelle 1).

Tabelle 1

Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West, 2000, 2005 und 2006

Stand: 30. Juni des jeweiligen Jahres

Gebiet	2000	2005*)	2006*)	Veränderung 2005/2006 in Prozent	Veränderung 2000/2006 in Prozent
Brandenburg	811.036	698.915	705.763	0,98	-12,98
Bundesgebiet Ost	5.727.466	4.972.208	5.014.454	0,85	-12,45
Bundesgebiet West	22.098.158	21.206.058	21.339.882	0,63	-3,43

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) vorläufige Ergebnisse

Trotz des Anstiegs seit 2006 liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowohl in Brandenburg als auch in Ost- und Westdeutschland unter dem Niveau von 2000.

Der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg lag im Jahr 2006 bei 48,8 Prozent und hat damit gegenüber 2005 um 0,3 Prozentpunkte abgenommen. Betrachtet man den Zeitraum von 2000 bis 2006 so ist er um 1,7 Prozentpunkte gestiegen.

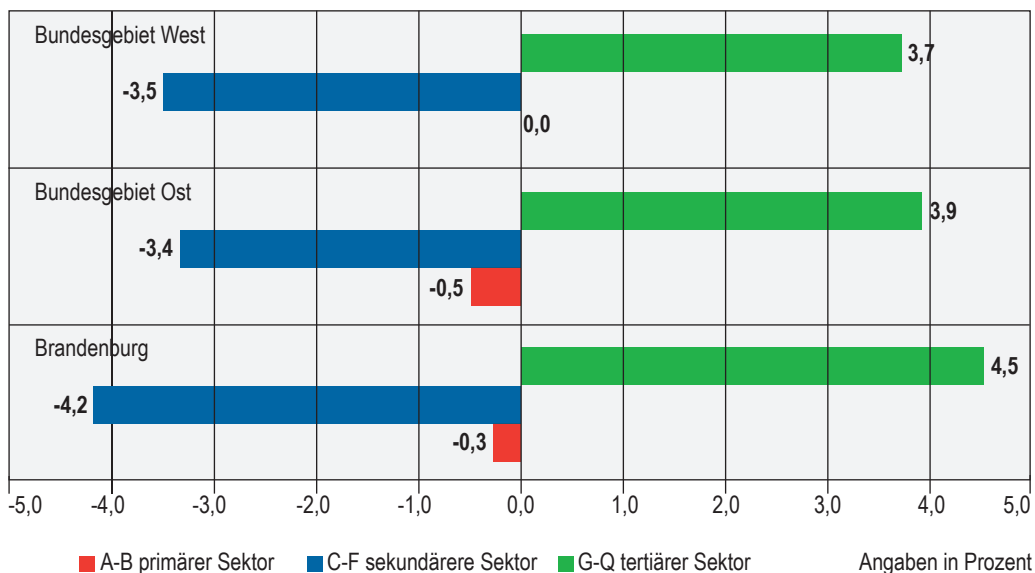
In Ostdeutschland lag der Frauenanteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 50,8 Prozent, in Westdeutschland bei 44,6 Prozent, in beiden Regionen sind für 2006 annähernd gleiche Rückgänge wie in Brandenburg zu verzeichnen. Die absolute Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen allerdings wuchs im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozent. Vom Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung profitierten Männer mit einem Zuwachs von 1,6 Prozent deutlich stärker.

Strukturwandel und Beschäftigung

Betrachtet man den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Sektoren in Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West, so zeigt sich hier die gleiche Strukturschwäche, die bereits im Abschnitt 2.1 bei der Wertschöpfung

Grafik 5

**Entwicklung der Beschäftigung 2000 bis 2006 nach Sektoren
im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Beschäftigtenstatistik; Ende II. Quartal; Stichtag jeweils der 30. Juni des jeweiligen Jahres; eigene Darstellung

nach Wirtschaftsbereichen beschrieben wurde. Im primären Sektor sind in Brandenburg 3,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig, im Bundesgebiet West dagegen 0,9 Prozent. Für den sekundären Sektor betragen die Werte 25,8 Prozent in Brandenburg im Vergleich zu 33,6 Prozent im Bundesgebiet West. Im tertiären Sektor allerdings ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 70,5 Prozent höher als im Bundesgebiet West mit 65,5 Prozent. Das ist überwiegend auf den höheren Beschäftigtenanteil im staatlichen Sektor zurückzuführen (Grafik 5). In allen Wirtschaftssectoren gab es gegenüber Juni 2005 einen Beschäftigungszuwachs. Er betrug im primären Sektor 0,04 Prozent, im sekundären Sektor 0,7 Prozent und im Dienstleistungssektor 1,2 Prozent.

Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung

Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg arbeiteten 15,3 Prozent in Teilzeit. Die Werte für Ost- bzw. Westdeutschland betragen 16,5 bzw. 17,2 Prozent. Damit hat der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in Brandenburg seit 2000 um 3,6 Prozentpunkte zugenommen, im Bundesgebiet Ost um 3,3 Prozentpunkte und im Bundesgebiet West um 2,8 Prozentpunkte. Die Teilzeitquoten zwischen Ost- und Westdeutschland haben sich nahezu angeglichen.

Frauen haben in Brandenburg einen Anteil an allen Teilzeitbeschäftigten von 83,3 Prozent (Juni 2006). Der Frauenanteil in Ostdeutschland beträgt 83 Prozent, in Westdeutschland 84,9 Prozent.

Bei den Vollzeitbeschäftigten beträgt der Anteil der Frauen in Brandenburg 42,6 Prozent, in Ostdeutschland 44,5 Prozent, in Westdeutschland 36,3 Prozent.

Anstieg geringfügiger Beschäftigung

Geringfügige Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro nicht übersteigt (Mini-Jobs). Diese Beschäftigungsverhältnisse sind für die Beschäftigten steuer- und abgabenfrei.

9,5 Prozent der Erwerbstätigen in Brandenburg sind ausschließlich geringfügig beschäftigt. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten lag im Jahr 2006 bei 96.417 und hat im Vorjahresvergleich um 2,9 Prozent zugenommen. Damit entwickelten sich sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung zwar in eine Richtung, wobei die Zuwachsrate bei der geringfügigen Beschäftigung jedoch höher war. Allerdings haben sich die Entwicklungen bei beiden Beschäftigtengruppen angeglichen. Für den Zeitraum Juni 2000 bis Juni 2006 nahm die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten um 38,4 Prozent zu. Das ist der stärkste Zuwachs von allen Bundesländern, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 37,1 Prozent und Berlin mit 36,4 Prozent. Besonders deutlich war der Anstieg ab 2003, was auf die Neuregelungen im Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist.

Von den ausschließlich geringfügig Beschäftigten waren 56,7 Prozent Frauen, das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 0,7 Prozentpunkte und gegenüber 2000 ein Rückgang um 3,7 Prozentpunkte.

Dynamik auf dem Arbeitsmarkt

Die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt hat zugenommen. Als Indikator kann hier die Labour-Turnover-Rate⁷ herangezogen werden. War diese Rate in Brandenburg seit 2003 mit einem Wert von 12,0 Prozent rückläufig, so stieg sie im ersten Halbjahr 2006 auf 13,1 Prozent an. Dabei ist die gewachsene Dynamik allein auf die höheren Einstellungsraten zurückzuführen. Diese stiegen auch in Ost- und Westdeutschland an. Dabei blieb in Westdeutschland die Quote der befristeten Einstellungen nahezu unverändert, während die unbefristeten Einstellungen deutlich zunahmen. In Brandenburg ebenso wie in Ostdeutschland nahmen sowohl befristete als auch unbefristete Einstellungen zu, wobei befristete Einstellungen nach wie vor eine deutlich größere Rolle spielen als in Westdeutschland (Grafik 6).

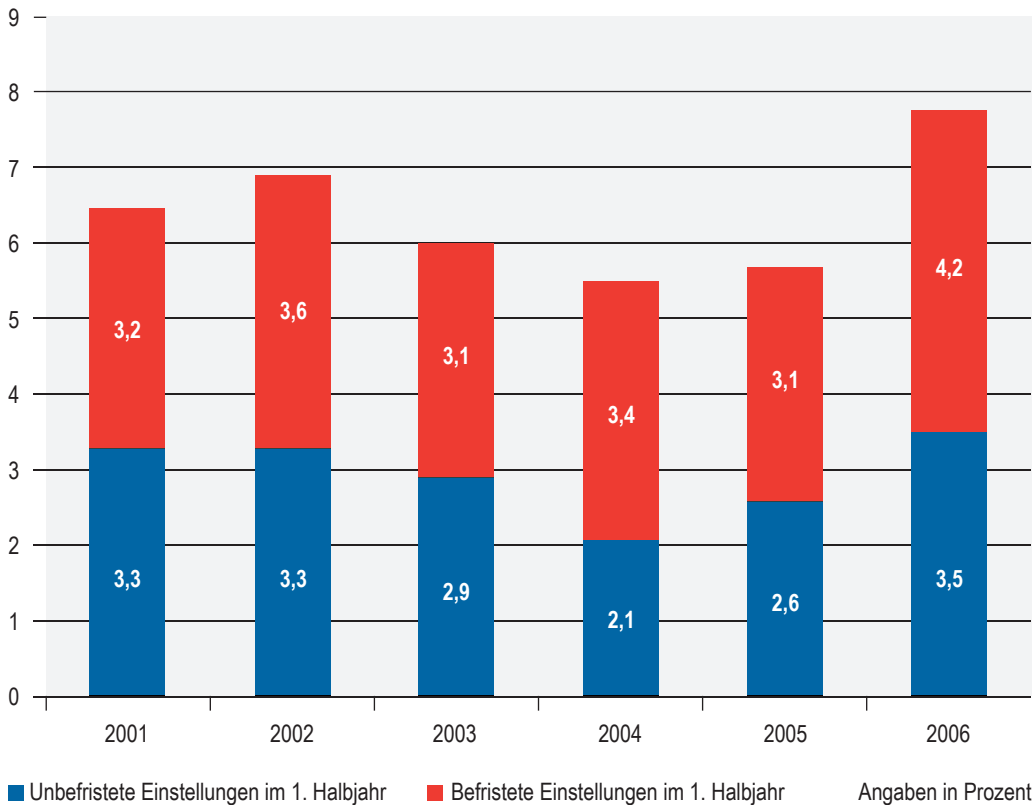
Eine sehr hohe Dynamik am Arbeitsmarkt deutet auf instabile Beschäftigungsverhältnisse hin, eine sehr niedrige bedeutet geringe Zugangschancen für Arbeitslose. Eine Bewertung der Dynamik kann also nur unter Beachtung der konkreten Rahmenbedingungen für den betrachteten Zeitraum erfolgen. Die gestiegene Dynamik durch ein Mehr an Einstellungen im Betrachtungszeitraum weist allerdings auf eine insgesamt positive Arbeitsmarktentwicklung hin.

Struktur und Entwicklung der Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen

Die Verteilung der Betriebe auf Betriebsgrößenklassen zeigt in Brandenburg wie auch in Ostdeutschland eine starke Konzentration auf Kleinbetriebe. Die Angaben hierzu sind aus dem von der SÖSTRA GmbH für Brandenburg ausgewerteten Betriebspanel zu entnehmen. 54 Prozent aller Betriebe in Brandenburg haben weniger als fünf Beschäftigte,

⁷ Die Labour-Turnover-Rate wird als Summe aller Einstellungen und Personalabgänge bezogen auf die mittlere Gesamtbeschäftigung berechnet. Vgl. IAB-Forschungsbericht Nr. 5/2007.

Grafik 6
Einstellungsraten im Land Brandenburg



Quelle: tns-infratest; Sonderauswertung auf der Basis der Ergebnisse der elften Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsberichte Nr. 29, Potsdam

in Westdeutschland nur 42 Prozent. Die Betrachtung der Beschäftigtenzahlen zeigt, dass 10 Prozent der Beschäftigten in Brandenburg in einem Betrieb mit weniger als fünf Beschäftigten arbeiten, in Westdeutschland sind es 7 Prozent.

Im Jahr 2006 verzeichneten in Brandenburg ebenso wie in Ostdeutschland alle Betriebsgrößenklassen mit Ausnahme der größeren Betriebe einen deutlichen Beschäftigungszuwachs, 2005 hatten nur die Kleinstbetriebe mit weniger als 5 Beschäftigten eine positive Beschäftigungsentwicklung aufzuweisen.⁸

⁸ Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Hrsg.) (2007): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der elften Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsberichte Nr. 29, Potsdam, S. 19 ff.

2.2 Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit

Neben der Beschäftigtenentwicklung sind die Veränderungen der Arbeitslosenzahlen sowie die Entwicklung der offenen Stellen die wichtigsten Indikatoren für die Arbeitsmarktsituation. Daneben gibt die Struktur der Arbeitslosigkeit wichtige Informationen, insbesondere hinsichtlich arbeitsmarktpolitischer Interventionspunkte.

Leichter Rückgang der Arbeitslosenzahlen

Die Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg nahm im Jahr 2006 von Januar bis Dezember von 251.525 auf 205.373 ab. Das ist ein Rückgang um 46.152. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg 226.413. Das ist ein Rückgang um 17.462 oder 7,2 Prozent im Vergleich zu 2005.

In Ostdeutschland nahm der Arbeitslosenbestand um 8,3 Prozent ab, in Westdeutschland betrug der Rückgang 7,4 Prozent. Im Jahresdurchschnitt 2006 waren im Rechtskreis SGB III 79.756 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Das ist ein Anteil von 35,2 Prozent an allen Brandenburger Arbeitslosen. Im Rechtskreis SGB II betrug der Bestand an Arbeitslosen 146.658, das entspricht 64,8 Prozent. Während im Jahresverlauf die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III um 33,4 Prozent zurückging, nahm sie im Rechtskreis SGB II um 8,1 Prozent ab.

Im ersten Halbjahr 2007 ging die Zahl der Arbeitslosen von 222.615 im Januar auf 195.667 Personen im Juni zurück. Dies ist ein Rückgang um 12,1 Prozent und spiegelt die seit 2006 stattfindende positive Entwicklung des Arbeitsmarktes in Brandenburg wider. Im Juni 2007 konnte erstmals die 200.000-er Marke unterschritten werden. Entscheidend dazu trägt die sinkende Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III bei. Im Beobachtungszeitraum Januar bis Juni 2007 konnte hier eine Abnahme von 28,8 Prozent registriert werden. Auch für den weiteren Verlauf des Jahres 2007 wird keine deutliche Trendumkehr beim Rückgang der Arbeitslosenzahlen erwartet.

Arbeitslosenquoten

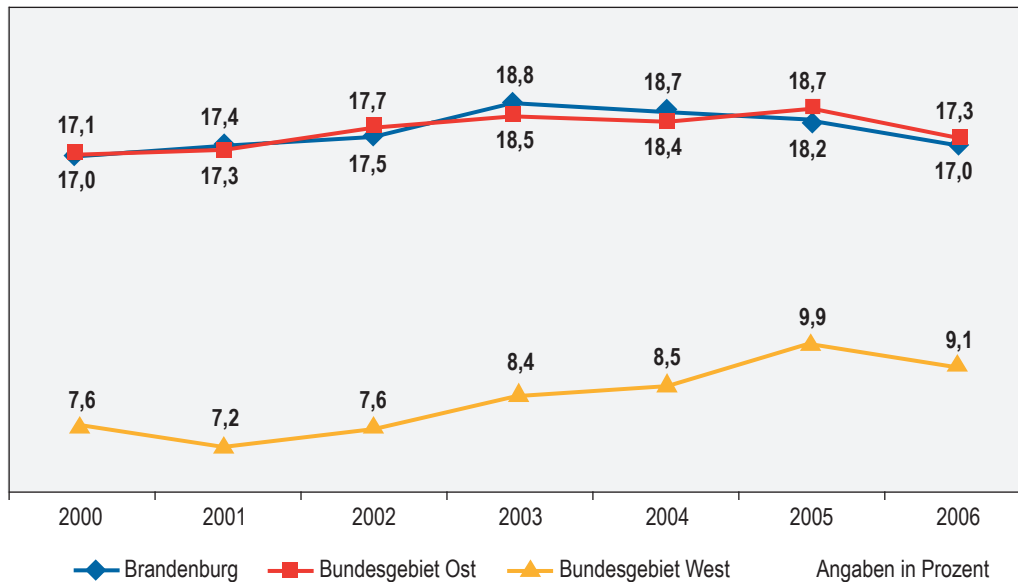
Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbstätigen lag in Brandenburg mit 17 Prozent um 1,2 Prozentpunkte unter dem Wert von 2005. Die Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen lag mit 18,7 Prozent ebenfalls unter dem Wert von 2005 (-1,2 Prozentpunkte). In Ostdeutschland ging die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen um 1,4 Prozentpunkte auf 17,3 Prozent, in Westdeutschland um 0,8 Prozentpunkte auf 9,1 Prozent zurück. Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen betrug der Rückgang im Bundesgebiet Ost 1,4 Prozentpunkte und im Bundesgebiet West 0,8 Prozentpunkte.

Die Arbeitslosenquote in Brandenburg lag damit 2006 auf dem Niveau von 2000. In Ostdeutschland stieg sie im gleichen Zeitraum um 0,2 Prozentpunkte, in Westdeutschland um 1,5 Prozentpunkte (Grafik 7).

Für das 2007 setzt sich die positive Entwicklungstendenz der Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbstätigen in Brandenburg fort. Im Zeitraum Januar bis Juni 2007 sank die Quote von 16,7 Prozent auf 14,5 Prozent. Im Halbjahresdurchschnitt 2007 liegt die Quote mit 16 Prozent deutlich unter dem Wert des Jahres 2006 (18,7 Prozent). Mit Blick auf Ostdeutschland insgesamt entwickelt sich die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ebenso erfreulich, nämlich von 17 Pro-

Grafik 7

Entwicklung der Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen 2000 bis 2006 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Arbeitsmarkt 2005, Sondernummer, Nürnberg, 30.08.2005
Arbeitsmarkt in Zahlen-Arbeitslosenquoten-; Stand: Dezember 2006

zent im Januar auf 14,7 Prozent im Juni. Für das Bundesgebiet West zeigt sich die gleiche Entwicklung, wenn auch auf geringerem Niveau (von 8,5 Prozent im Januar auf 7,3 Prozent im Juni).

Im Jahresdurchschnitt 2006 befanden sich 90.939 Brandenburgerinnen und Brandenburger in Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung. Ohne die Entlastungswirkung dieser Maßnahmen wäre die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 2006 um 40,2 Prozent höher gewesen. Die Entlastungswirkung war damit höher als im Vorjahr. Das hat seine Ursache darin, dass die Zahl der Arbeitslosen stärker zurückging als die Teilnehmerzahl in der Arbeitsförderung.

Arbeitslosigkeit – Zu- und Abgänge

Bei der Zahl der Arbeitslosen an einem Stichtag, dem sogenannten Bestand, handelt es sich keineswegs um einen festen Block, wie ein Blick allein auf die Arbeitslosenquoten nahe legen könnte. Vielmehr zeigt eine Betrachtung der Zugänge in und der Abgänge aus Arbeitslosigkeit die hohe Dynamik im Arbeitslosenbestand: 320.654 Männer und Frauen meldeten sich in Brandenburg im Jahr 2006 arbeitslos, 331.812 beendeten die Arbeitslosigkeit.⁹

⁹ Angaben der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit. Zahlen ohne zugelassene kommunale Träger (zKT) nach § 6a SGB II.

Abgänge aus Arbeitslosigkeit¹⁰

Im der Jahr 2006 beendeten in Brandenburg 331.812 Frauen und Männer ihre Arbeitslosigkeit, davon waren 40,8 Prozent Frauen. 165.741 bzw. 50 Prozent nahmen eine Erwerbstätigkeit auf. 42,3 Prozent aller Personen, die die Arbeitslosigkeit beenden konnten und eine Erwerbstätigkeit aufnahmen, waren Frauen – das ist geringfügig mehr als ihr Anteil an allen Abgängen. Bei den Männern lag diese Zahl bei 55,2 Prozent und damit deutlich unter ihrem Anteil an allen Abgängen (59,2 Prozent).

47.255 Arbeitslose begannen eine berufliche Ausbildung, das sind 14,2 Prozent. Davon waren 43,9 Prozent Frauen. Damit war bei 15,3 Prozent aller Frauen, die ihre Arbeitslosigkeit beendet haben, der Abgangsgrund eine Ausbildung. Bei den Männern betraf das 13,5 Prozent.

Zugänge in Arbeitslosigkeit¹¹

Von den 320.654 Personen, die sich im Jahr 2006 arbeitslos meldeten, waren 58,2 Prozent Männer und 41,8 Prozent Frauen. Dabei waren 51,6 Prozent vorher erwerbstätig, 19,7 Prozent in Ausbildung, 24,5 Prozent Nichterwerbstätige. Frauen meldeten sich seltener nach Erwerbstätigkeit arbeitslos (44,5 Prozent im Unterschied zu den Männern mit 56,7 Prozent) und häufiger aus Nichterwerbstätigkeit (29,5 Prozent, bei den Männern dagegen 21 Prozent). Das ist in erster Linie auf Kindererziehungszeiten zurückzuführen.

Dauer der Arbeitslosigkeit

Die durchschnittliche abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit¹² in Wochen hat sich im Jahr 2006 in Brandenburg und in Ostdeutschland verringert. In Brandenburg nahm die Dauer der Arbeitslosigkeit von 46,7 Wochen im Jahr 2005 auf 42,7 Wochen im Jahr 2006 ab, in Ostdeutschland ging sie von 46,3 Wochen im Jahr 2005 auf 43,9 Wochen zurück. In Westdeutschland betrug die durchschnittliche Dauer der abgeschlossenen Arbeitslosigkeit 40,4 Wochen, im Jahr 2005 lag dieser Wert noch bei 36,3 Wochen. Die Zunahme in Westdeutschland geht auf den statistischen Effekt aus der Einführung der Grundsicherung für Arbeitslose zurück. Zuvor nicht arbeitslos gemeldete Sozialhilfeempfangende zählten statistisch als Neuzugang in Arbeitslosigkeit, auch wenn sie bereits vorher arbeitslos waren.

Der Rückgang in Brandenburg und Ostdeutschland bildet die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation ab. Arbeitslose, die den Anforderungsprofilen der offenen Stellen entsprechen, werden sehr rasch vermittelt, viele Stellenbesetzungen erfolgen auch über die sogenannte job-to-job-Vermittlung, d. h. aus der Kündigungszeit heraus. Allerdings nimmt der Anteil schwer vermittelbarer Arbeitsloser zu und Arbeitslose, die den Anforderungsprofilen offener Stellen entsprechen, sind zunehmend weniger vorhanden.

¹⁰ Ohne zkt.

¹¹ Ohne zkt.

¹² Durchschnittliche Zeitspanne zwischen Beginn und Ende einer Arbeitslosigkeitsperiode.

Strukturanalyse der Arbeitslosigkeit¹³

Ein genauerer Blick auf die zielgruppenspezifischen Arbeitslosenquoten zeigt, dass die Arbeitsmarktrisiken nicht gleichmäßig auf alle Erwerbspersonengruppen verteilt sind. Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg, wie auch in gesamt Ostdeutschland, konzentriert sich auf ganz bestimmte Personengruppen des Arbeitsmarktes, hierzu zählen insbesondere Jugendliche bis 25 Jahre, Ältere, Ausländer und schwerbehinderte Menschen. Die Bedeutung des Geschlechts für das Risiko, arbeitslos zu werden, hat hingegen abgenommen.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern

Im Jahresdurchschnitt 2006 waren im Land Brandenburg 107.197 Frauen arbeitslos gemeldet, das entspricht einem Anteil von rund 47,4 Prozent an allen Arbeitslosen. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2005 ist die Zahl der arbeitslosen Frauen um 6.263 oder 5,5 Prozent gesunken.

Das ist ein um 1,3 Prozentpunkte stärkerer Rückgang als im Zeitraum 2004 zu 2005. Bei den Männern hingegen ging die Zahl der Arbeitslosen um 11.205 oder 8,6 Prozent zurück. Sie profitierten also deutlich stärker vom Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote der Frauen bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen lag bei 18,1 Prozent. Das ist ein Rückgang gegenüber 2005 um 0,7 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote der Männer dagegen betrug 19,4 Prozent, sie ging gegenüber 2005 um 1,5 Prozentpunkte zurück.

Jugendarbeitslosigkeit auf hohem Niveau

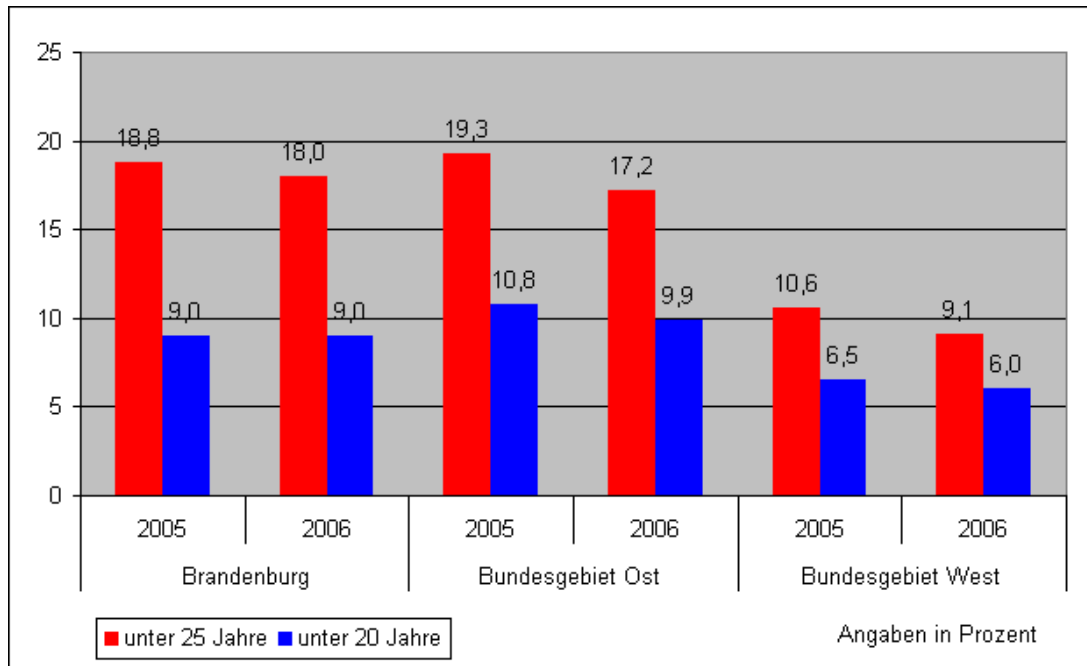
Im Jahr 2006 waren 28.800 arbeitslose Brandenburgerinnen und Brandenburger jünger als 25 Jahre. Das ist gegenüber 2005 ein Rückgang um 9,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren lag in 2006 bei 18 Prozent. Das ist im Vergleich zu 2005 ein Rückgang um 0,8 Prozentpunkte (vgl. Grafik 8). 4.745 Jugendliche unter 20 Jahren waren 2006 arbeitslos gemeldet, das ist ein Rückgang um 6,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In dieser Altersgruppe blieb die Arbeitslosenquote unverändert bei 9 Prozent.

Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren in Westdeutschland betrug 9,1 Prozent, in Ostdeutschland lag sie bei 17,2 Prozent. Vor allem die schwierige Ausbildungsplatzsituation führt – im Vergleich zu Westdeutschland – zur höheren Arbeitslosigkeit von jungen Menschen in Brandenburg und in Ostdeutschland. Die hohe Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe ist aber auch Ausdruck der gravierenden Probleme von Jugendlichen an der sogenannten 2. Schwelle, dem Übergang von der Ausbildung in die Beschäftigung in Ostdeutschland und auch in Brandenburg. So zeigt das Betriebspanel Brandenburg, eine Befragung von Brandenburger Betrieben, dass im Jahr 2006 rund 35 Prozent der Auszubildenden, die ihre betriebliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, von ihren Ausbildungsbetrieben im Anschluss an die Ausbildung

¹³ Vollständig liegen die Strukturdaten nur in den Merkmalen Alter, Geschlecht und Nationalität (Deutsche/ Ausländer) vor. Alle darüber hinausgehenden Angaben basieren allein auf dem IT-Vermittlungssystem der Bundesagentur für Arbeit. Das heißt, die Daten der zugelassenen kommunalen Träger sind nicht einbezogen.

Grafik 8

**Arbeitslosenquoten der Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 2005 und 2006
im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Internetangebot-Eckwerte des Arbeitsmarktes
eigene Darstellung

übernommen wurden. In Ostdeutschland lag die Übernahmequote bei 44 Prozent, in Westdeutschland bei 57 Prozent.¹⁴

Mehr ältere und schwerbehinderte, weniger ausländische Arbeitslose

Die Zahl älterer Arbeitsloser über 55 Jahre in Brandenburg betrug 2006 im Jahresdurchschnitt 27.867. Das sind 4,3 Prozent mehr als im Jahr 2005. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Älteren hat sich damit deutlich verringert, betrug er doch 2005 noch 14,1 Prozent.

In der längerfristigen Entwicklung hat die Zahl älterer Arbeitsloser deutlich abgenommen. Sie ging seit 2000 um 14.872 zurück. Das sind 34,8 Prozent weniger. Der Anteil Älterer an allen Arbeitslosen liegt bei 12,3 Prozent, das ist genauso viel wie in Ostdeutschland und weniger als in Westdeutschland (12,8 Prozent). Frauen sind bei den über 55-Jährigen fast gleichermaßen wie Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Anteil der arbeitslosen Frauen an allen Arbeitslosen in dieser Altersgruppe lag im Jahr 2006 bei 50,2 Prozent.

¹⁴ Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Hrsg.) (2006): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der 11. Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsbericht 29, Potsdam, erarbeitet von SÖSTRA GmbH Berlin, S. 77 ff.

Die Zahl schwerbehinderter Arbeitsloser ist 2006 im Vorjahresvergleich um 10,9 Prozent auf 5.355 gestiegen. Zurückgegangen ist die Zahl ausländischer Arbeitsloser. Mit 5.371 lag sie im Jahresdurchschnitt 2006 um 3 Prozent unter dem Vorjahreswert mit 5.536.

Struktur der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen

Mit der Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im SGB II ist die Arbeitslosigkeit in zwei Rechtskreisen auszuweisen – dem Rechtskreis SGB III und dem Rechtskreis SGB II. Waren 35 Prozent der Arbeitslosen im Jahr 2006 dem Rechtskreis SGB III zuzuordnen, so waren es im Rechtskreis SGB II 65 Prozent. Tabelle 2 zeigt die Struktur der Arbeitslosigkeit im Land Brandenburg untergliedert nach Rechtskreisen. So befinden sich von den arbeitslosen Männern 67,6 Prozent, von den Frauen 61,7 Prozent, von den unter 25-jährigen Jugendlichen 64,4 Prozent und den Ausländern sogar 82,4 Prozent im Rechtskreis SGB II. Bei den Älteren über 55 Jahre beträgt der Anteil im Rechtskreis SGB II 47,1 Prozent. Bei allen ausgewiesenen Gruppen hat ihr Anteil im Rechtskreis SGB II seit dem Vorjahr zugenommen. Die Arbeitslosenquoten nach

Tabelle 2

Struktur der Arbeitslosen nach Rechtskreisen (SGB III und SGB II) im Land Brandenburg im Jahr 2006

		SGB III und SGB II	davon SGB III	Anteil in Prozent	SGB II	Anteil in Prozent
Arbeitslose gesamt		226.413	79.756	35,2	146.658	64,8
dar.	Männer	119.211	38.663	32,4	80.549	67,6
	Frauen	107.197	41.093	38,3	66.104	61,7
	unter 25 Jahre	28.800	10.246	35,6	18.554	64,4
dar.	Frauen	11.628	3.620	31,1	8.008	68,9
	über 55 Jahre	27.867	14.747	52,9	13.120	47,1
dar.	Frauen	13.980	8.035	57,5	5.945	42,5
	Ausländer	5.371	946	17,6	4.425	82,4
dar.	Frauen	2.652	513	19,3	2.139	80,7
	schwerbehinderte Menschen*)	6.406	3.179	49,6	3.227	50,4
dar.	Frauen	2.806	1.544	55,0	1.262	45,0

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Arbeitsmarkt in Zahlen-Jahreszahlen (Stand: Dezember 2006) sowie Sonderauswertungen der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg (Stand: September 2007)

*) Die Daten basieren auf Informationen aus dem IT-Verfahren der Bundesagentur für Arbeit, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen kommunaler Träger und – sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden – ergänzenden Schätzungen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Es liegen nur wenige verwertbare Meldungen von zugelassenen kommunalen Trägern vor. Deshalb werden ergänzende Auswertungen zur Verfügung gestellt, die allein auf dem IT-Vermittlungssystem der Bundesagentur für Arbeit beruhen. Die Daten zu Rechtskreis SGB III werden vollständig abgebildet (439 Kreise), die Auswertungen der Rechtskreise SGB II und insgesamt beschränken sich auf die 370 Kreise ohne zugelassene kommunale Träger.

Rechtskreisen betragen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Rechtskreis SGB III 6 Prozent, im Rechtskreis SGB II 11 Prozent. Damit ist sie im Rechtskreis SGB III um 1,7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2005 gesunken, im Rechtskreis SGB II dagegen um 0,5 Prozentpunkte gestiegen.

Struktur und Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit¹⁵

2006 waren 69.294¹⁶ Brandenburgerinnen und Brandenburger länger als ein Jahr arbeitslos und zählten damit zu den Langzeitarbeitslosen. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen betrug 39,2 Prozent. Im Rechtskreis SGB III waren 28,9 Prozent der Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung, im Rechtskreis SGB II 47,6 Prozent. Unter den Langzeitarbeitslosen waren 56 Prozent zwei Jahre und länger arbeitslos. 47,6 Prozent der arbeitslosen Frauen waren langzeitarbeitslos, bei den Männern waren es 52,4 Prozent. Unter den weiblichen Langzeitarbeitslosen war wiederum der Anteil derjenigen, die bereits 2 Jahre und länger arbeitslos sind, mit 59,4 Prozent deutlich höher als bei den Männern mit 52,2 Prozent. Ältere haben ein überdurchschnittliches Risiko arbeitslos zu bleiben. Von den 27.867 Arbeitslosen im Alter über 55 Jahre waren 11.992 oder 43 Prozent langzeitarbeitslos. Unter den Jugendlichen unter 25 Jahren beträgt der Anteil der Langzeitarbeitslosen 7,4 Prozent. Hier zeigt sich, dass die Konzentration auf Jugendliche in der aktiven Arbeitsförderung greift. Der Anteil der jugendlichen Langzeitarbeitslosen an allen Langzeitarbeitslosen beträgt 3,1 Prozent.

Struktur der Arbeitslosen nach Qualifikation

Ende September 2006 hatten in Brandenburg 16.057 Arbeitslose oder 9,8 Prozent keinen Schulabschluss. Ihr Anteil ist gegenüber 2005 um 1,8 Prozentpunkte gestiegen. 62,5 Prozent der Jugendlichen ohne Schulabschluss sind männlich.

Im März 2006 verfügten 36.834 Arbeitslose über keine abgeschlossene Berufsausbildung¹⁷. Das waren 21,7 Prozent aller Arbeitslosen. Ihr Anteil ist im Vorjahresvergleich gestiegen, und zwar um 0,9 Prozentpunkte. In Ostdeutschland betrug der Anteil der Arbeitslosen ohne Berufsabschluss 21,7 Prozent, in Westdeutschland 42,9 Prozent.¹⁸ Die Gruppe der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung konzentriert sich insbesondere im Rechtskreis SGB II. Dort waren in Brandenburg 76,2 Prozent der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung zugeordnet. Ihr Anteil an den Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II betrug 27,1 Prozent. Nach Altersgruppen waren 21,8 Prozent der Arbeitslosen ohne Berufsabschluss jünger als 25 Jahre, davon wiederum 16,3 Prozent 20 bis unter 25 Jahre. 56,7 Prozent gehörten zur Altersgruppe zwischen 25 und unter 50 Jahren, 21,5 Prozent waren 50 Jahre und älter.

¹⁵ Die Zahl der Langzeitarbeitslosen liegt für die zKT nicht vor. Die Angaben für Brandenburg gesamt werden auf Basis der vollständig vorliegenden Werte ermittelt. Somit sind für den Rechtskreis SGB III die Daten aller Kreise einbezogen, für den Rechtskreis SGB II fehlen die Daten der zKT.

¹⁶ Sonderauswertung der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg vom Januar 2007.

¹⁷ Durch die Umstellung auf VerBIS liegen die Angaben zur Arbeitslosigkeit nach Qualifikation letztmalig zum März 2006 vor.

¹⁸ Ohne zKT. Quelle: vgl. Bundesagentur für Arbeit (2007): Arbeitsmarkt 2006, Amtliche Nachrichten der BA, Sondernummer, Nürnberg, August 2007.

2.3 Zuwachs an gemeldeten Stellen¹⁹

Im Jahr 2006 wurden in Brandenburg 108.497 offene Stellen gemeldet, das waren 10.121 oder 10,3 Prozent mehr als 2005. In Ostdeutschland betrug der Zuwachs 7,7 Prozent, in Westdeutschland 7,2 Prozent. Die Zahl der ungefördereten Stellen nahm in Brandenburg um 23,6 Prozent zu, in Ostdeutschland um 23,7 Prozent und in Westdeutschland um 22,7 Prozent. Der Anteil ungeförderter Stellen lag in Brandenburg bei 41 Prozent, das ist gegenüber 2005 ein Rückgang um 10,3 Prozentpunkte. In Ostdeutschland verringerte sich der Anteil der ungefördereten an allen gemeldeten Stellen um 9,8 Prozentpunkte auf 41,1 Prozent. In Westdeutschland ging der Anteil der ungefördereten Stellen ebenfalls zurück. Er lag aber mit 63,9 Prozent deutlich über dem Niveau in Ostdeutschland und Brandenburg.

Im ersten Halbjahr 2007 wurden bislang den Arbeitsagenturen mehr als 90.300 Stellen gemeldet, davon waren mehr als 54 Prozent ungeförderet. Der Stellenzuwachs setzt sich also fort und wird das Vorjahresniveau deutlich überschreiten. Der Beschäftigungsaufbau, der insbesondere im produzierenden Gewerbe stattfindet, basiert auf dem konjunkturell bedingten Wachstum der Brandenburger Wirtschaft.

2.4 Der Ausbildungsmarkt im Land Brandenburg

Struktureller Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen

Der Ausbildungsmarkt in Brandenburg ist durch einen strukturellen Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen gekennzeichnet. Das Hauptproblem in Brandenburg lag im Jahr 2006 wie auch in den Vorjahren in der zu geringen Zahl von Ausbildungsbetrieben. Von den 63.702 Brandenburger Betrieben²⁰ sind 55 Prozent zur Ausbildung berechtigt, davon bilden jedoch nur 47 Prozent auch aus. Das sind 26 Prozent aller Betriebe in Brandenburg (vgl. Grafik 9). Somit ist nur jeder vierte Betrieb in Brandenburg ein Ausbildungsbetrieb. Die geringe Ausbildungsbereitschaft hat ihre Ursache insbesondere in der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur des Landes. 76 Prozent der Betriebe haben weniger als 10 Beschäftigte.

Mit zunehmender Betriebsgröße steigt auch der Anteil der ausbildenden Betriebe, von 10 Prozent in Kleinstbetrieben (1 bis 4 Beschäftigte) auf 69 Prozent in mittleren Betrieben und sogar auf 78 Prozent in größeren Betrieben mit 250 und mehr Beschäftigten. Brandenburg hat eine Auszubildendenquote²¹ von 6 Prozent und liegt damit leicht über der Durchschnittsquote aller ostdeutschen Bundesländer mit 5 Prozent (zum Vergleich: Westdeutschland 4 Prozent)²². Ca. 30.000 nachfragenden Schulabgängern/-abgängerinnen pro Jahr stehen derzeit etwa 14.000 betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber. In

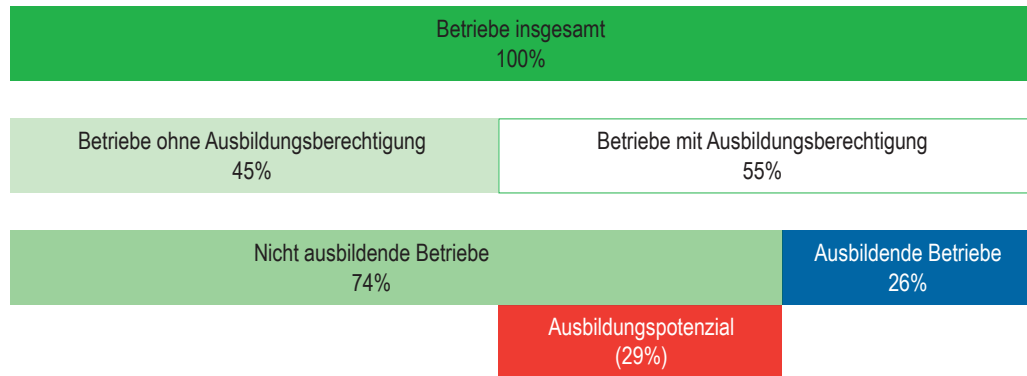
¹⁹ Es handelt sich hier um die den Arbeitsagenturen von den Arbeitgebern gemeldeten und zur Vermittlung freigegebenen Stellen.

²⁰ Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

²¹ Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten.

²² Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Hrsg.) (2006): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der 11. Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsbericht 29, Potsdam, erarbeitet von SÖSTRA GmbH Berlin.

Grafik 9
Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe
im Land Brandenburg 2006



Quelle: Betriebspanel Brandenburg, elfte Welle, MASGF (2007): S. 71

den nächsten Jahren bis 2012 wird zwar die Nachfrage von Schulabgängern/-abgängerinnen auf bis zu 18.000 pro Jahr absinken, wird aber auch dann voraussichtlich noch das betriebliche Angebot übersteigen.

Berufsorientierung als Schlüsselthema

Strukturwandel, Bildungsexpansion, veränderte Anforderungen an berufliche Qualifikationen und Kompetenzen sowie entsprechende Herausforderungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhöhen die Ansprüche an die Berufsorientierung.

Nicht nur in Brandenburg wird bislang ein tradiertes Berufswahlverhalten konstatiert, das sich an überholten Geschlechtsrollenklischees orientiert. Jugendliche und junge Erwachsene konzentrieren sich in ihren beruflichen Entscheidungsprozessen und Wünschen größtenteils auf geschlechtstypische Berufe. Ca. 53 Prozent der Schülerinnen und 47 Prozent der Schüler wählen dabei aus dem geringen Spektrum von jeweils nur zehn Ausbildungsberufen. Hier besteht ein großer Bedarf, den Schülern und Schülerinnen die gesamte Palette von Ausbildungsberufen nahe zu bringen und damit auch ihre Ausbildungs- und Berufschancen zu verbessern.

Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit – 2. Chance für alle durch individuelle Förderung

Jugendliche mit schlechten Startchancen sind auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt besonders benachteiligt. Derzeit scheitern etwa 14 Prozent eines Jahrgangs am Übergang von der Schule zur Ausbildung. Daraus resultiert ein weiterer Zuwachs von Altbewerbern und Altbewerberinnen unter den Ausbildungsplatzsuchenden. Nur über eine Berufsausbildung können diese Jugendlichen erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Der Ausbildungsmarkt in Brandenburg

Der Ausbildungsmarkt in Ostdeutschland weist Besonderheiten gegenüber Westdeutschland auf, die eine Versorgung der jungen Menschen mit ausreichenden Aus-

bildungsplätzen erheblich erschweren. Hier ist insbesondere die steigende Anzahl von „Altnachfragenden“ zu nennen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Bewerberinnen und Bewerber stieg in den letzten Jahren und beträgt in Brandenburg im Jahr 2006 nunmehr 55,6 Prozent (Ostdeutschland: 54,0 Prozent, Westdeutschland: 49,2 Prozent). Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 4,6 Prozentpunkte. Die Ausbildungsstellenbilanz ist weder in Brandenburg noch in den anderen ostdeutschen Ländern ohne ausreichende staatliche Förderung insgesamt ausgeglichen.

Zuwachs bei den Auszubildenden

Ende des Jahres 2006 befanden sich im Land Brandenburg insgesamt 50.500 Jugendliche, darunter 18.625 junge Frauen in einem betrieblichen, betriebsnahen bzw. außerbetrieblichen Auszubildendenverhältnis. Davon waren 16.305 Jugendliche, darunter 6.218 Frauen im ersten Ausbildungsjahr. Der Anteil der betrieblichen Auszubildenden an der Gesamtzahl der Auszubildenden betrug 65,7 Prozent, der Anteil an der Gesamtzahl der Ausbildungsstellen im 1. Ausbildungsjahr 62,1 Prozent. Im Vermittlungsjahr 2005/2006 waren den Agenturen für Arbeit und den Trägern der Grundsicherung in Brandenburg 16.708 Ausbildungsstellen gemeldet, davon waren 8.758 betriebliche (52,4 Prozent). Das waren 3.933 bzw. 23,5 Prozent mehr Ausbildungsstellen als im Vorjahr. Bei den betrieblichen Ausbildungsstellen betrug der Zuwachs 1.113 oder 12,7 Prozent. Die Gesamtzahl der Auszubildenden in allen Ausbildungsjahren ging in 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 817 bzw. 1,6 Prozent zurück. Dieser Rückgang vollzog sich in allen Ausbildungsbereichen mit Ausnahme der Hauswirtschaft. Die Gesamtzahl der Auszubildenden verteilt sich auf die einzelnen Ausbildungsbereiche wie folgt:

Tabelle 3
Gesamtzahl der Auszubildenden in den einzelnen Ausbildungsbereichen in 2006

Ausbildungsbereich	Zahl der Auszubildenden per 31.12.2006	Veränderung gegenüber Vorjahr
Industrie und Handel	29.465	-396
Handwerk	13.826	-329
Landwirtschaft	2.772	+29
Hauswirtschaft	643	-18
Öffentlicher Dienst	1.575	-24
Freie Berufe	2.219	-79
Insgesamt	50.500	-817

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Statistik der Berufsausbildung; Stand: 31.12.2006

Die Anzahl der Auszubildenden, die sich Ende 2006 im 1. Ausbildungsjahr befanden, war – wie die Gesamtzahl – rückläufig; gegenüber 2005 um 137, gegenüber 2000 um 1.925. Im Ausbildungsbereich Industrie und Handel begannen im 1. Ausbildungsjahr 232 (-2,3 Prozent) weniger junge Menschen ihre Berufsausbildung. Im Handwerk verringerte sich die Zahl der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr um 80 (-1,9 Prozent).

Lückenschluss gelang auch 2006

Im Jahr 2006 stellte der Bund im Rahmen des „Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftesicherung in Deutschland“ die Fortführung des Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramms Ost mit bis zu 13.000 Plätzen sicher. Für Brandenburg wurden aus dem APRO im Jahre 2006 Fördermittel für 2.572 zusätzliche Ausbildungsplätze im Ausbildungsjahr 2006/2007 bereitgestellt. Im Rahmen eines landeseigenen Ergänzungsprogramms erfolgte eine Aufstockung auf insgesamt 4.400 Ausbildungsplätze (vgl. auch Kapitel 4.3.2). Dadurch konnte ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung der nach wie vor schwierigen Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt geleistet werden.

Wie in den Vorjahren wurde auch im Jahr 2006 die Ausbildungsplatzlücke in Brandenburg geschlossen. Durch das gemeinsame Engagement aller Partner im Brandenburger Ausbildungskonsens konnte jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Angebot gemacht werden. Bereits 2003 – ein Jahr vor dem bundesweiten Ausbildungspakt – hatten Wirtschaft, Gewerkschaften, die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit und die Landesregierung den Brandenburgischen Ausbildungskonsens vereinbart. Seitdem werben die Konsenspartner gemeinsam und abgestimmt für mehr Ausbildung. Der Ausbildungskonsens setzt darauf, dass die Betriebe freiwillig vermehrt in die Quantität und Qualität der Ausbildung investieren.

Ausgleich zwischen Berufsausbildungsstellen und Bewerbern/Bewerberinnen

Tabelle 4

Daten der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit des Jahres 2006

	2006	Veränderung zum Vorjahr
Gemeldete Berufsausbildungsstellen	16.697	+3.922
Bewerber für Ausbildungsstellen	34.589	-1.589
Unvermittelte Bewerber am 30.09.2005	3.828	+1.365
Unvermittelte Bewerber nach der Nachvermittlungssaktion, Januar 2007	1.067	
Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote für die unvermittelten Bewerber nach der Nachvermittlungssaktion, Ende Januar 2007	1.097	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit und Berufsberatungsstatistik, Stand: 30.09.2006

2006 wurden in Brandenburg 18.413 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, das waren 14 mehr als im Jahr 2005.

Bei der Zahl der den Agenturen für Arbeit und den ARGE n gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen ist Ende September 2006 eine Steigerung um 1.113 oder 14,6 Prozent auf 8.758 im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Davon waren Ende September 2006 noch 211 (Vorjahr 108) unbesetzt. Das Gesamtangebot betrieblicher Ausbildungsstellen an die Berufsberatung wurde bis zum Ende des Berichtsjahres somit auch in diesem Jahr nahezu vollständig ausgeschöpft (97,6 Prozent). Dieser hohe

Ausschöpfungsgrad verdeutlicht die derzeit besonders schwierige Lage auf dem Ausbildungsmarkt und zeigt die hohe Anpassungsbereitschaft der Bewerberinnen und Bewerber, die heute auch Berufe ergreifen, die nicht ihr „Traumberuf“ sind.

2.5 Regionale Disparitäten im Land Brandenburg

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation im Land Brandenburg ist durch gravierende regionale Disparitäten gekennzeichnet. Die Entwicklung in den Landkreisen und kreisfreien Städten rund um Berlin verläuft günstiger als in den peripheren Räumen. Diese regionalen Ungleichgewichte spiegeln sich etwa im unterschiedlichen Wirtschaftswachstum, in der Beschäftigungsentwicklung, der Arbeitslosigkeit oder auch der Situation auf dem Ausbildungsmarkt wider.

Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung

Bei der Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung nach Kreisen (BIP je Erwerbstätiger nach Kreisen) zeigt sich, dass einige Landkreise im Land überdurchschnittliches Wachstum aufweisen. Im Jahr 2006 belegten die Kreise Teltow-Fläming, Uckermark und Oder-Spree die ersten drei Plätze beim Vergleich der Wachstumsraten des BIP. Die Differenz zwischen dem wirtschaftsstärksten Kreis Teltow-Fläming und dem schwächsten Frankfurt (Oder) beträgt 22.304 Euro. Die beste Entwicklung im Vergleich zu 2005 wiesen die Uckermark, Oder-Spree und Oberspreewald-Lausitz auf. Vergleicht man die Wirtschaftskraft der Kreise in den Jahren 2000 und 2006, so haben die Landkreise Oberhavel, Teltow-Fläming und Uckermark die größten Zuwächse zu verzeichnen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Kreisen hat sich ebenfalls unterschiedlich entwickelt. Im Vergleich der Jahre 2006 zu 2005 nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in 14 Landkreisen und kreisfreien Städten zu, im Vergleich 2005 zu 2004 waren es mit Dahme-Spreewald und Potsdam nur zwei. Den stärksten Zuwachs verzeichneten Teltow-Fläming, Havelland und Dahme-Spreewald. Zurückgegangen ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Frankfurt (Oder), Elbe-Elster, Cottbus und Spree-Neiße (vgl. Grafik 10).

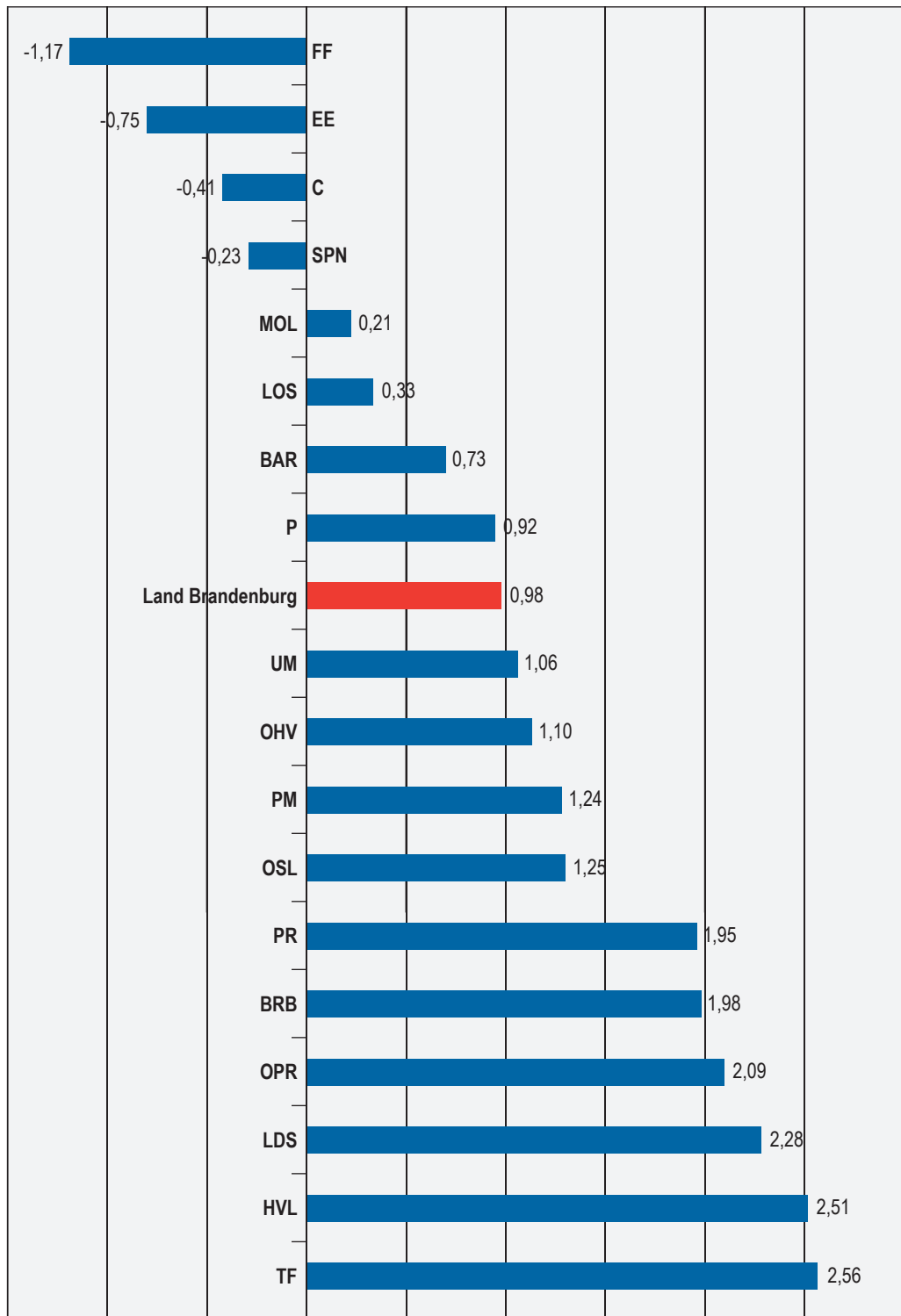
Im Vergleich 2006 zu 2000 weisen alle Landkreise und kreisfreien Städte einen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf. Dieser bewegt sich zwischen 0,7 Prozent in Potsdam und 20,94 Prozent in Märkisch-Oderland. Für Brandenburg insgesamt ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Zeitraum um 13,0 Prozent zurück.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Kreisen

Auch bei der Arbeitslosigkeit gibt es deutliche regionale Unterschiede (vgl. Grafik 11). Die Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt 2006 weisen eine Spannweite von 11,6 Prozent (Potsdam) bis 23,7 Prozent (Uckermark) auf. Die höchsten Arbeitslosenquoten verzeichnen hier die Kreise im äußeren Verflechtungsraum. Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Grafik 12), so hat die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt am stärksten in Spree-Neiße (-2,2 Prozentpunkte), der Prignitz und im Havelland abgenommen (jeweils -2 Prozentpunkte), ge-

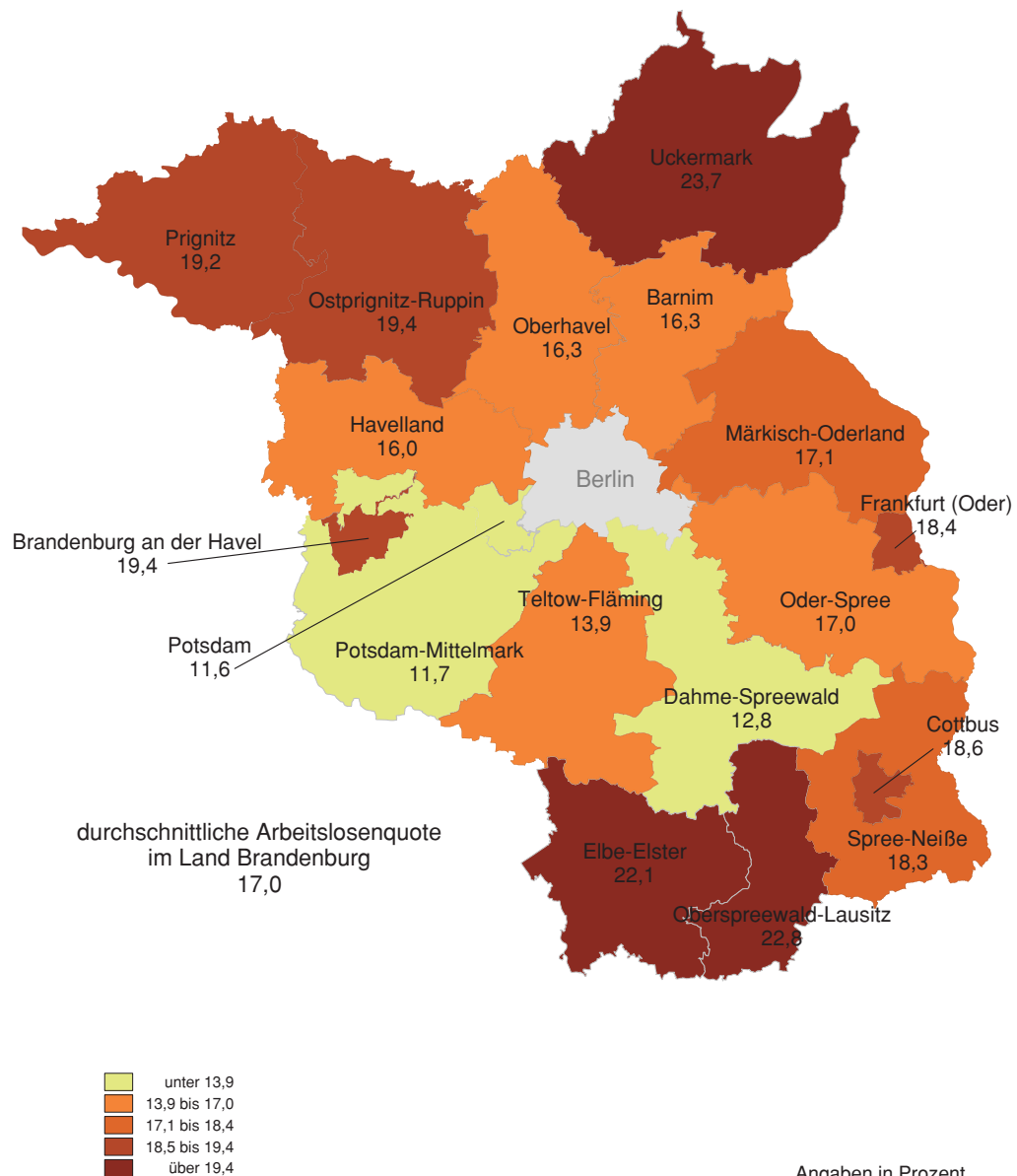
Grafik 10

Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Brandenburg nach kreisfreien Städten und Landkreisen zwischen dem 30. Juni 2005 und dem 30. Juni 2006; Veränderungsrate in Prozent

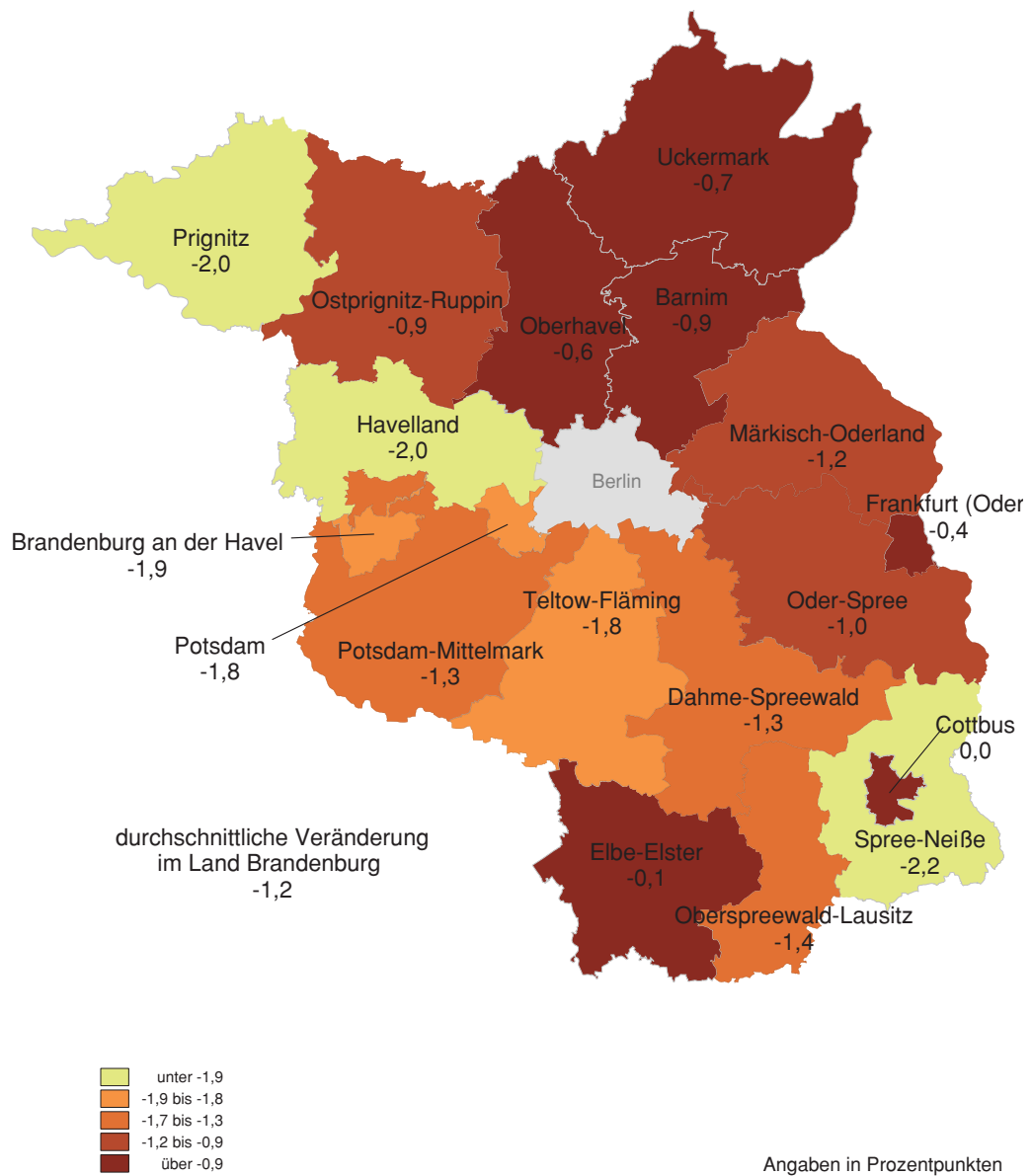


Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Stat. Berichte; Stand: Juni 2007; eigene Darstellung

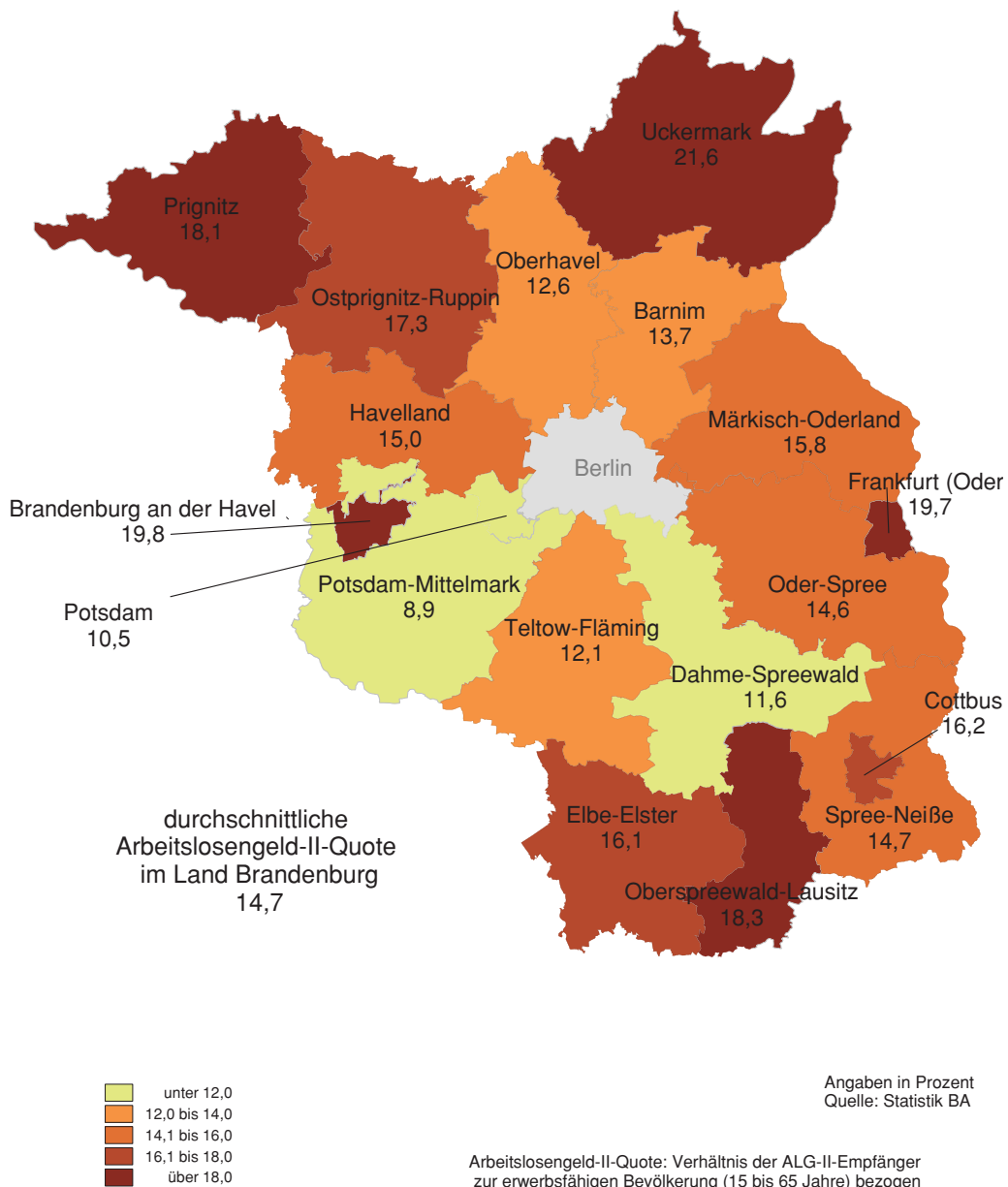
Grafik 11
Arbeitslosenquoten bezogen auf alle Erwerbspersonen
im Land Brandenburg im Jahresdurchschnitt 2006



Grafik 12
Veränderung der Arbeitslosenquoten 2006
bezogen auf Erwerbspersonen im Vergleich zum Vorjahr
im Land Brandenburg



Grafik 13
Arbeitslosengeld-II-Quoten im Jahresdurchschnitt 2006
im Land Brandenburg



folgt von Brandenburg (Havel) (-1,9 Prozentpunkte) sowie Teltow-Fläming und Potsdam (jeweils -1,8 Prozentpunkte). In Cottbus ist die Quote gleich geblieben, in allen anderen Kreisen und kreisfreien Städten nahm sie ab. Im Landesdurchschnitt ging die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen um 1,2 Prozentpunkte zurück. Das ist eine deutlich günstigere Entwicklung als im Jahr 2005.

Während der Anteil der Arbeitslosen im SGB II an allen Arbeitslosen im Landesdurchschnitt bei 65 Prozent liegt, reicht die Schwankungsbreite bei den Landkreisen und kreisfreien Städten von 58 bis 73 Prozent. Niedrige Anteile verzeichnen hierbei die Landkreise Dahme-Spreewald, Spree-Neiße und Potsdam-Mittelmark. Die höchsten Anteile weisen Frankfurt (Oder), Brandenburg (Havel) und die Uckermark auf.

Bei der Arbeitslosengeld II-Quote – dem Verhältnis der ALG II-Empfängenden zur erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren – reicht die Spannbreite von 8,9 Prozent (Potsdam-Mittelmark) bis 21,6 Prozent (Uckermark) (vgl. Grafik 13). Der durchschnittliche Wert in Brandenburg beträgt 14,7 Prozent, im Vergleich dazu liegt der Wert in den neuen Bundesländern bei 15,8 Prozent, in den alten Bundesländern bei 7,6 Prozent. Damit ist er überall angestiegen, in Brandenburg um 0,7 Prozentpunkte, in Ostdeutschland um 1,5 und in Westdeutschland um 0,7 Prozentpunkte.

Regionale Disparitäten am Ausbildungsmarkt

Auch hinsichtlich der Ausbildungssituation gibt es regionale Unterschiede. Das in der Tabelle 5 dargestellte Verhältnis zwischen den bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Berufsausbildungsstellen und der Anzahl der Bewerber/-innen verdeutlicht dies. Mit Ausnahme des Agenturbezirkes Cottbus hat sich die Relation Bewerber/-innen zu den gemeldeten Ausbildungsstellen bei allen anderen Agenturbezirken verbessert.

Tabelle 5

Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsplätze je Hundert bei den Agenturen für Arbeit und Trägern der Grundsicherung gemeldeten Stellen nach Agenturbezirken im Land Brandenburg, Berufsberatungsstatistik 2005 und 2006

Agenturbezirk	2005	2006
Cottbus	220	241
Eberswalde	291	230
Frankfurt (Oder)	369	229
Neuruppin	256	205
Potsdam	230	166

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Stand: jeweils 30.09. des Jahres

Bezogen auf die einzelnen Kammerbezirke ist der Zuwachs an betrieblichen Ausbildungsplätzen im Bezirk der Handwerkskammer Frankfurt (Oder) am höchsten. Nur im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Cottbus ist ein Rückgang der betrieblichen Ausbildungsplätze zu verzeichnen (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6**Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsverträge nach Kammerbezirken im Land Brandenburg 2005 und 2006**

Kammerbezirke		2005		2006	
		1. Ausbildungsjahr	neu abgeschlossen	1. Ausbildungsjahr	neu abgeschlossen
Industrie und Handel		5.852	7.113	5.961	7.109
davon:	Cottbus	1.756	2.097	1.708	1.963
	Frankfurt (Oder)	1.554	1.908	1.590	1.946
	Potsdam	2.542	3.108	2.663	3.200
Handwerk		2.470	2.923	2.574	3.026
davon:	Cottbus	578	720	615	725
	Frankfurt (Oder)	607	714	678	808
	Potsdam	1.285	1.489	1.281	1.493

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg „Eckdaten zur Berufsbildungsstatistik“, Stand: jeweils 31.12. des Jahres

2.6 Arbeitsmarktentlastung durch Pendeln

Der Arbeitsmarkt im Land Brandenburg wurde auch im Jahr 2006 erheblich durch Pendlerströme entlastet. Am 30.06.2006 arbeiteten 227.167 Brandenburgerinnen und Brandenburger in einem anderen Bundesland. Das sind 9.395 mehr als im Vorjahr. Demgegenüber gab es 97.705 Beschäftigte in Brandenburg mit einem Wohnsitz außerhalb des Landes, 2.870 mehr als im Vorjahr. Der Pendlersaldo (Einpendler minus Auspendler) betrug -129.462. Der negative Saldo weist dabei darauf hin, dass die Zahl der Auspendler die der Einpendler überstieg. Gegenüber 2005 ist das ein Zuwachs um 5,3 Prozent. Über einen längeren Zeitraum betrachtet ist die Zahl der Pendler in andere Bundesländer gewachsen. Gegenüber dem Jahr 2000 erhöhte sich der Pendlersaldo in 2006 um 25,2 Prozent.

Betrachtet man die Gruppe der Auspendler nach ihrem Alter, so fällt auf, dass die Gruppe 30- bis 45-Jährigen mit einem Anteil von 42,7 Prozent dominiert, gefolgt von den über 45-Jährigen mit 36,9 Prozent und den unter 30-Jährigen mit 20,4 Prozent. Außer bei den über 45-Jährigen gehören in allen Altersgruppen mehr Frauen als Männer zu den Auspendlern.

Stärkste Pendlerverflechtung zwischen Berlin und Brandenburg

62,8 Prozent derjenigen, die in das Land Brandenburg einpendelten, wohnten in Berlin. Umgekehrt pendelten rund 70,4 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger, die auswärts arbeiteten, nach Berlin (vgl. Tabelle 7). Bei insgesamt positiver Beschäftigungsentwicklung nahmen die Pendlerströme zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg zwischen Juni 2005 und Juni 2006 weiter zu. So stieg die Zahl der Arbeitspendler von Brandenburg nach Berlin um 4,3 Prozent. Umgekehrt nahm auch die Zahl der Pendler von Berlin nach Brandenburg um 2,7 Prozent zu. Die Pendlerströme zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg konzentrierten sich in beiden Richtungen vor allem auf die berlinnahen Regionen des Landes Brandenburg.

Tabelle 7**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einpendler, Auspendler sowie der Pendlersaldo im Land Brandenburg**

Stand: 30. Juni 2006

Bundesland/Gebiet	Einpendler aus		Auspendler nach		Pendlersaldo (Einpendler minus Auspendler)
	insgesamt	Anteil an insgesamt %	insgesamt	Anteil an insgesamt %	
insgesamt	94.835	100	217.772	100	-122.937
Berlin	59.711	62,96	153.330	70,41	-93.619
Sachsen	13.805	14,56	13.867	6,37	-62
Sachsen-Anhalt	7.092	7,48	7.643	3,51	-551
Mecklenburg-Vorpommern	6.142	6,48	5.900	2,71	242
Thüringen	1.498	1,58	2.091	0,96	-593
Bundesgebiet West	6.079	6,41	34.941	16,04	-28.862

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik;
Stand: Dezember 2006

Zunahme bei den Auspendlern ins Bundesgebiet West

Die Zahl der Auspendler in das Bundesgebiet West ist 2006 leicht auf 36.545 angestiegen. Der Anteil an allen Brandenburger Auspendlern liegt dabei wie im Vorjahr bei 16 Prozent. Brandenburg verzeichnete im Jahr 2006 den stärksten Auspendleranteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter allen Bundesländern. Er lag bei 32,2 Prozent, das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 6,8 Prozentpunkte.

Für die Verbesserung der Arbeitsmarktlage in Brandenburg, insbesondere für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen, werden im Rahmen der aktiven Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit und durch die kommunalen Grundsicherungsträger verschiedene Maßnahmen bereitgestellt. Dazu zählen Instrumente, wie etwa Qualifizierungsangebote, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüsse. Gesetzliche Grundlage für die aktive Arbeitsförderung sind das Sozialgesetzbuch III und das Sozialgesetzbuch II, jeweils in Abhängigkeit von dem zu betreuenden Personenkreis. Das folgende Kapitel beschreibt die aktive Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit im Rechtskreis SGB III und die Grundsicherungsträger im Rechtskreis SGB II im Land Brandenburg. Betrachtet werden dabei neben dem eingesetzten Mittelvolumen die Struktur der eingesetzten Instrumente der Arbeitsförderung und deren Wirkungen auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Die Darstellung konzentriert sich auf das Jahr 2006.

3.1 Veränderungen im Mitteleinsatz

Der Mitteleinsatz für Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung erfolgt im Rechtskreis SGB III und SGB II aus unterschiedlichen Quellen. So werden im Rechtskreis SGB III die Aufwendungen für die aktive Arbeitsförderung aus dem Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit finanziert, während im Rechtskreis SGB II die passiven Leistungen (Arbeitslosengeld II inkl. Sozialgeld ohne Kosten der Unterkunft und die Eingliederungsleistungen) aus Steuermitteln aufgebracht werden.

Im Rechtskreis SGB III setzte die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2006 in Brandenburg insgesamt 593,1 Mio. Euro für Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung ein (vgl. Tabelle 8). Das ist ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Jahr 2005, der allerdings im Zusammenhang mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III gesehen werden muss. Unterteilt nach Maßnahmetypen wurden 20,8 Prozent des gesamten Mittelvolumens für aktive Arbeitsförderung, das sind 123,5 Mio. Euro, für die Förderung der beruflichen Selbständigkeit ausgegeben. Ca. 30,4 Mio. Euro (5,1 Prozent) der Aufwendungen standen für die Förderung der beruflichen Weiterbildung zur Verfügung. Darüber hinaus wurden 5,6 Mio. Euro (0,95 Prozent) Prozent für Maßnahmen zur Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen aufgewandt, 16,4 Mio. Euro (2,8 Prozent) für Eingliederungszuschüsse und 3,2 Mio. Euro (0,54 Prozent) für Eingliederungszuschüsse bei Neugründungen. Auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entfielen 11,1 Mio. Euro und damit nur noch 1,87 Prozent des gesamten Mittelvolumens. Insgesamt zeigt sich, dass die eingesetzten Mittel bei allen Instrumententypen zurückgingen, besonders deutlich bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und bei Eingliederungszuschüssen bei Vertretungen. Die Aufwendungen der Bundesagentur für Arbeit für passive Lohnersatzleistungen betragen im Jahr 2006 ca. 954 Mio. Euro, darunter 923 Mio. Euro für Arbeitslosengeld. Im Rechtskreis SGB II wurden in Brandenburg im Jahr 2006 rund 1,5 Mrd. Euro²³ eingesetzt, davon 1,23 Mrd. Euro für passive Leistungen und 192,3 Mio. Euro für Eingliederungsleistungen. Der Eingliederungstitel wurde zu 91,2 Prozent in Anspruch genommen. Damit gelang es 2006, die zur Verfügung stehenden Mittel für die Förderung

23 Angaben ohne zKT.

Tabelle 8
Mitteinsatz der Bundesagentur für Arbeit im Land Brandenburg
im Rechtskreis SGB III

Maßnahme	2005		2006		Veränderung 2005 zu 2006	
	Miteinsatz		Miteinsatz		absolut	
	in 1.000 Euro	in Prozent	in 1.000 Euro	in Prozent	in 1.000 Euro	in Prozent
Förderung der beruflichen Weiterbildung	42.919	5,61	30.437	5,13	-12.482	-29,08
Maßnahmen der Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen	8.717	1,14	5.656	0,95	-3.061	-35,12
Eingliederungszuschüsse	18.977	2,48	16.433	2,77	-2.544	-13,41
Eingliederungszuschüsse bei Neugründungen	7.064	0,92	3.219	0,54	-3.845	-54,43
Eingliederungszuschüsse bei Vertretungen	1.873	0,24	516	0,09	-1.357	-72,45
Überbrückungsgeld	58.335	7,63	45.624	7,69	-12.711	-21,79
Existenzgründerzuschüsse	96.189	12,58	74.613	12,58	-21.576	-22,43
Gründungszuschuss (ab 01.08.2006)			3.280	0,55	3.280	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	31.383	4,10	11.102	1,87	-20.281	-64,62
trad. Strukturanpassungsmaßnahmen	22.425	2,93	15.586	2,63	-6.839	-30,50
aktive Arbeitsförderung der BA insgesamt	764.509	100	593.084	100	-171.425	-22,42

Quelle: 2005 Statistik der BA; Arbeitsstatistik 2005 Jahreszahlen; Sondernummer der ANBA, 23.08.2006
2006 Statistik der BA; Abrechnungsergebnisse der BA; Dezember 2006

von arbeitslosen ALG-II-Empfangenden fast vollständig einzusetzen. Der größte Teil der Eingliederungsmittel (30,9 Prozent) wurde für Arbeitsgelegenheiten aufgewendet (vgl. Tabelle 9). Das ist allerdings ein Rückgang des Anteils der Ausgaben für dieses Instrument um 8,9 Prozentpunkte zugunsten anderer Instrumente. Auf die Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) entfielen 8,2 Prozent, auf die Eingliederungszuschüsse 7,9 Prozent. Bei beiden Instrumenten stiegen die Anteile an den Ausgaben im Vorjahresvergleich an. 21,1 Prozent wurden für ABM eingesetzt, der Wert ist gegenüber 2005 fast unverändert. Die größten Zuwächse sind bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung und sonstigen weiteren Leistungen zu verzeichnen.

Tabelle 9**Ausgewählte SGB II-Leistungen zur Eingliederung in Arbeit
im Land Brandenburg im Jahr 2006 (ohne zugelassene kommunale Träger)**

Brandenburg 2006 in Tsd. Euro	Zuteilung, dar. Planung einzelner Zweckbestimmungen	Ausgaben*)		
		absolut	in Prozent (von Spalte 1)	Anteil an Ausgaben (in Prozent von Spalte 2)
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
Eingliederungstitel	210.957	192.294	91,2	
darunter				
Förderung der beruflichen Weiterbildung	16.767	15.814	94,3	8,2
Eignungsfeststel- lungs- und Trainingsmaßnahmen	7.876	7.317	92,9	3,8
Eingliederungs- zuschüsse	16.325	15.105	92,5	7,9
Arbeitsgelegenheiten	62.934	59.505	94,6	30,9
Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen	41.904	40.647	97,0	21,1
Einstiegs geld	2.318	2.020	87,1	1,1
sonstige weitere Leistungen	17.588	14.625	83,2	7,6

*) ohne sozialintegrative Leistungen, Bundesprogramm „30.000 Zusatzjobs für Ältere ab 58 Jahren“, Bundesprogramm „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ und „Deutscher Förderpreis Jugend in Arbeit“

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Bewirtschaftungsübersicht Eingliederungsleistungen, Stand 31.12.06, eigene Darstellung

3.2 Struktur und Entwicklung der aktiven Arbeitsförderung in Brandenburg

Die aktive Arbeitsförderung im Rechtskreis SGB III und im Rechtskreis SGB II trug im Jahr 2006 erheblich zur Entlastung des Brandenburger Arbeitsmarktes bei. Im Jahresdurchschnitt 2006 wurden im Land Brandenburg 90.939²⁴ Frauen und Männer in arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen gefördert. Ohne diese Maßnahmen hätte die Zahl der Arbeitslosen im Land Brandenburg um 40,2 Prozent höher gelegen. Insgesamt nahm der Teilnehmerbestand in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Brandenburg im Jahre 2006 um 1,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ab. In Ostdeutschland wuchs die Zahl der Maßnahmeteilnehmer/-teilnehmerinnen um 2,3 Prozent, in Westdeutschland sogar um 11,6 Prozent.

24 Angaben ohne zkt.

Während es einen Zuwachs der Förderung bei Eingliederungszuschüssen und Arbeitsgelegenheiten gab, gingen die Bestandszahlen bei allen anderen Instrumenten zurück.

Aktive Arbeitsförderung nach Rechtskreisen

Nach Rechtskreisen zeigen sich gravierende Unterschiede in der Struktur der Arbeitsförderung (vgl. Tabelle 10). Während im Rechtskreis SGB III der Schwerpunkt auf der Förderung der beruflichen Selbständigkeit lag, gab es im Rechtskreis SGB II wie schon im Vorjahr ein deutliches Übergewicht bei den Arbeitsgelegenheiten mit 49 Prozent aller Teilnehmer/-innen. Gegenüber dem Vorjahr ist das allerdings ein Rückgang um 9 Prozentpunkte. Im Jahresdurchschnitt waren 16.854 Frauen und Männer in Arbeitsgelegenheiten beschäftigt. Arbeitsgelegenheiten sollen vor allem Personen, die schon sehr lange arbeitslos sind und geringe Wiederbeschäftigungschancen haben, die Möglichkeit des (Wieder-)Einstiegs ins Arbeitsleben bieten. Der Anteil der Teilnehmer/-innen an Maßnahmen in der beruflichen Weiterbildung hat sich erfreulicherweise im Rechtskreis SGB II im Vorjahresvergleich verdoppelt, ist aber mit 4 Prozent immer noch zu gering. Denn für arbeitslose Personen lassen sich, so die Befunde der Arbeitsmarktforschung, die Beschäftigungschancen durch Weiterbildungsmöglichkeiten deutlich verbessern. Ein Zuwachs der geförderten Personen ist beim Eingliederungszuschuss zu verzeichnen. Er ist ausschließlich auf den Anstieg der Förderung im Rechtskreis SGB II zurückzuführen. Während der Teilnehmerbestand im SGB III über alle Instrumente zurückging, nahm er im Rechtskreis SGB II mit Ausnahme der Eingliederungszuschüsse bei Vertretungen zu.

Frauenanteile an den Instrumenten²⁵

Frauen sollen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen gefördert werden. Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen betrug 46,5 Prozent im Jahr 2005 und 47,4 Prozent im Jahr 2006. Ihre Partizipation an den Arbeitsmarktinstrumenten der Bundesagentur für Arbeit fiel je nach Instrument unterschiedlich aus. Während der Anteil der Frauen an der beruflichen Weiterbildung (FbW) mit 49 Prozent, den Trainingsmaßnahmen mit 50 Prozent, bei Einstellungszuschüssen im Vertretungsfall mit 53 Prozent und dem Gründungszuschuss mit 90 Prozent über ihrem Anteil an allen Arbeitslosen lag, gilt das für die anderen Instrumente nicht. Insbesondere bei der Förderung der Selbständigkeit durch Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss waren Frauen unterrepräsentiert.

Förderung der Berufsausbildung

Die Brandenburger Agenturen für Arbeit, die ARGEn und zugelassenen kommunalen Träger haben mit erheblichem Mittelaufwand zur Verbesserung der Ausbildungsmarktsituation für bestimmte Zielgruppen beigetragen. Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) nach § 240 ff. SGB III für benachteiligte Jugendliche wurde mit 2.546 besetzten Plätzen angeboten. Im Vergleich zum Vorjahr sind 288 mehr Jugendliche in eine außerbetriebliche Ausbildung eingetreten. Dies entspricht einer Stei-

²⁵ Ohne zKT.

Tabelle 11
Teilnahme von Frauen an ausgewählten Maßnahmen der aktiven
Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2005 und 2006
im Land Brandenburg

Instrumente	Bestand an Teilnehmenden im Jahresdurchschnitt			Anteil der Frauen an allen Teilnehmenden	
	2005	2006	Ver- änderung 2005/2006 in Prozent	2005	2006
	in Prozent				
Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt					
berufliche Weiterbildung	3.065	2.479	-19,1	52	49
Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen	1.283	1.243	-3,1	47	50
Beschäftigungsbegleitende Maßnahmen					
Eingliederungszuschüsse	1.667	1.655	-0,7	41	37
Einstellungszuschüsse bei Neugründung	461	206	-55,3	45	39
Einstellungszuschüsse bei Vertretung	84	28	-66,7	60	53
Überbrückungsgeld für Selbständige	896	672	-25,0	30	31
Existenzgründerzuschuss (ICH-AG)	6.871	6.581	-4,2	41	42
Gründungszuschuß (ab 01.08.2006)		265			90
Beschäftigungsschaffende Maßnahmen					
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	1.975	1.659	-16,0	47	45
trad. Struktur Anpassungsmaßnahmen	550	339	-38,4	27	19
nachrichtlich					
Alo Frauen	113.460	107.197			
Anteil Alo Frauen an allen Alo	46,5	47,4			

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Zeitreihen zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente für Frauen in der Region Berlin-Brandenburg (Heft 1007.1) Stand: März 2007

gerung um 12,8 Prozent. Im Jahr 2006 wurden von den Brandenburger AA und ARGen insgesamt 87,5 Mio. Euro für die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen ausgezahlt.

Im Rahmen der beruflichen Erstausbildung für behinderte Jugendliche wurden von Januar bis Dezember 2006 durch die Arbeitsagenturen 719 Maßnahmeeintritte in Berufsbildungswerken gefördert. Dies entspricht einem Zuwachs von 96 Maßnahmeeintritten im Vergleich zum Vorjahr (2005: 623 Maßnahmeeintritte). Es wurden insgesamt 80,9 Mio. Euro Teilnahmekosten an die Träger und Einrichtungen überwiesen; darunter waren 32,04 Mio. Euro ausschließlich für Teilnahmekosten in Berufsbildungswerken.

In berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen waren Ende Dezember 2006 5.981 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verzeichnen, dies waren 239 oder 4,2 Prozent (Ende Dezember 2005: 5.742) mehr als im Vorjahr. Für die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen wurden von den Arbeitsagenturen in Brandenburg 16,3 Mio. Euro eingesetzt. In der Einstiegsqualifizierung (EQJ) waren bis Ende Dezember bereits 641 Stellen besetzt

(Vorjahr = 432), dies bedeutet eine Zunahme um 209 Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder um 48,3 Prozent. Hierfür wurden von den Brandenburger Arbeitsagenturen aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) 2,1 Mio. Euro eingesetzt.

3.3 Verbleib nach der Förderung – Ergebnisse der Eingliederungsbilanz

Fundierte Aussagen zum Eingliederungserfolg durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen liegen nur für den Rechtskreis SGB III vor. Die Eingliederungsquote ist dabei ein wichtiger Indikator für die Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Sie gibt den Anteil der Absolventen/Absolventinnen von Maßnahmen aktiver Arbeitsförderung an, die 6 Monate nach Maßnahmeende sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (einschließlich geförderte Beschäftigung). Die Eingliederungsquote liegt für Maßnahmeteilnehmer und -teilnehmerinnen im Zeitraum Juli 2005 bis Juni 2006 vor. Danach waren von allen Teilnehmenden, die in diesem Zeitraum eine Maßnahme der aktiven Arbeitsförderung beendet hatten (ohne Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss und Gründungszuschuss, die selbständige und damit nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zum Ziel haben), 49,8 Prozent nach einem halben Jahr sozialversi-

Tabelle 12
Eingliederungsquoten nach Austritt von Teilnehmenden
aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit Förderung nach Rechtskreis
SGB III, untersucht 6 Monate nach Austritt im Land Brandenburg,
im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West

	Brandenburg	Bundesgebiet Ost	Bundesgebiet West	Brandenburg	Bundesgebiet Ost	Bundesgebiet West
	insgesamt			darunter: Frauen		
	in Prozent			in Prozent		
A. Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern	52,3	50,3	46,3	49,0	46,3	41,5
B. Beschäftigungsbegleitende Maßnahmen	43,0	43,4	35,4	48,0	49,1	39,6
C. Berufsberatung und Förderung der Berufsausbildung	35,6	32,9	39,0	34,5	31,2	37,3
D. Beschäftigungsschaffende Maßnahmen	31,1	26,8	39,2	27,9	25,2	40,9
E. Freie Förderung – § 10	48,1	44,4	35,2	46,2	43,2	32,4
Summe	44,8	43,5	41,7	45,0	42,9	39,9
Summe ohne Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschüsse und Gründungszuschüsse	49,8	47,7	45,9	48,8	45,8	42,2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Sonderauswertung Statistik-Service-Ost der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg; Zeitraum: 7/2005-6/2006

cherungspflichtig beschäftigt. Der Vorjahreswert betrug 35,3 Prozent. Das ist eine Steigerung um 14,5 Prozentpunkte. In Ostdeutschland war die Eingliederungsquote mit 47,7 Prozent (Vorjahr 35,3 Prozent) höher als in Westdeutschland mit 46,0 Prozent (Vorjahr 36,7 Prozent). Damit sind die Eingliederungsquoten insgesamt höher ausgefallen, wobei Ostdeutschland erstmals bessere Werte erreicht als Westdeutschland.

Auch bei den Eingliederungsquoten einzelner Instrumente (Tabelle 12) fallen im Vergleich die ostdeutschen Werte überwiegend besser aus als die westdeutschen. Zum Beispiel liegt die Eingliederungsquote bei der Förderung der Berufsausbildung bei 33,0 Prozent in Ostdeutschland (Brandenburg: 35,6 Prozent) und bei 39,1 Prozent in Westdeutschland. Ostdeutschland erreicht die höchste Eingliederungsquote in der Zielrubrik „Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern“, zu der u. a. die berufliche Weiterbildung gehört, mit 50,2 Prozent (Brandenburg 52,2 Prozent, Westdeutschland 46,3 Prozent). Bei den beschäftigungsbegleitenden Maßnahmen liegt Ostdeutschland mit 43,4 Prozent (Brandenburg 43 Prozent) ebenfalls über dem westdeutschen Wert mit 35,4 Prozent. Umgekehrt ist es bei den beschäftigungsschaffenden Maßnahmen (ABM, BSI, SAM), wo Westdeutschland 39,2 Prozent erreicht, Ostdeutschland aber nur 26,8 Prozent und Brandenburg 31,1 Prozent.

Die Gesamteingliederungsquote für Frauen beträgt im Bundesgebiet West 39,9 Prozent und liegt damit um 3,1 Prozentpunkte unter der für Männer mit 43,0 Prozent. In Brandenburg beträgt der Abstand zwischen den Eingliederungsquoten der Frauen und der der Männer nur 0,3 Prozentpunkte (Männer 44,7 Prozent, Frauen 45,0 Prozent).

Für das Überbrückungsgeld sowie den Existenzgründungszuschuss zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit wird die Eingliederungsquote nicht ausgewiesen, weil es bei diesen Maßnahmen ja gerade nicht um die Förderung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geht, sondern um den Übergang in die berufliche Selbständigkeit. Hier ist deshalb die Verbleibsquote heranzuziehen. Daten liegen nur für den Zeitraum Juli 2004 bis Juni 2005 vor. Danach waren beim Überbrückungsgeld 6 Monate nach Maßnahmeende in Brandenburg 87 Prozent der Geförderten nicht arbeitslos gemeldet. Im Falle des Existenzgründungszuschusses betrug die Verbleibsquote 67,4 Prozent. Die Vergleichswerte in Westdeutschland lagen bei 86,6 Prozent und 74,3 Prozent, für Ostdeutschland bei 86,1 bzw. 67,9 Prozent.

Die Basis für die arbeitspolitische Schwerpunktsetzung des Landes Brandenburg bildet die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der EU und des Bundes. Politische Entscheidungen auf EU- bzw. Bundesebene beeinflussen unmittelbar die Gestaltung der Brandenburger Arbeitspolitik. Mit dem Begriff Arbeitspolitik hat das Land einen neuen Politikansatz gewählt. Ausgehend von neuen Herausforderungen, die sich insbesondere in den Betrieben, im Beschäftigungssystem und in den Regionen zeigen, sind politische Strategien gefordert, die einen größeren Handlungsspielraum ermöglichen, aber auch Handlungsalternativen zulassen. Arbeitspolitik meint die Gesamtheit aller Maßnahmen und Aktivitäten seitens des Landes, die dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten zu verbessern, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu sichern und die Beschäftigungschancen von Arbeitsuchenden zu erhöhen. Die einzelnen strategischen Handlungsfelder der Arbeitspolitik lassen sich aus der konkreten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage im Land Brandenburg ableiten und sind im Operationellen Programm (OP) für den ESF und im Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) entsprechend formuliert.

Im Folgenden wird ausgehend von den Leitlinien der Brandenburger Arbeitspolitik das Landesprogramm beschrieben und auf wichtige Neuregelungen bzw. Änderungen im Jahr 2006 hingewiesen. Daran anschließend werden die wichtigsten Ergebnisse der Arbeitsförderung im Jahr 2006 dargestellt.

4.1 Leitlinien der Brandenburger Arbeitspolitik

Das Land Brandenburg hat sich sowohl im Artikel 48 seiner Landesverfassung, als auch in der aktuellen Koalitionsvereinbarung²⁶ verpflichtet, im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Verwirklichung des Rechts auf Arbeit beizutragen. Besonderes Anliegen der Landespolitik bildet hierbei die aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Obwohl sich seit 2006 der Brandenburger Arbeitsmarkt positiv entwickelt und ein Beschäftigungsaufbau stattfindet, bleibt das Problem hoher Arbeitslosigkeit (vgl. hierzu Kapitel 2.1 und 2.2).

Im Zuge der Vorbereitung auf die neue ESF-Förderperiode 2007–2013 wurde der Begriff der Arbeitspolitik als strategische Konzeption eingeführt und der bisherige Begriff Arbeitsmarktpolitik abgelöst. Arbeitspolitik zielt auf die Erhöhung von Beschäftigungsmöglichkeiten für alle Menschen in Brandenburg, indem die Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen im Betrieb verbessert werden. Voraussetzung für erfolgreiche Arbeitspolitik ist ein konstruktiver Umgang mit den verschiedenen Veränderungsprozessen im Wirtschafts- und Arbeitsleben, dabei sollen sowohl Individuen, wie auch Unternehmen und Regionen Gestaltungsperspektiven eröffnet werden. Erforderlich ist die verstärkte Entwicklung von Politik übergreifend abgestimmten Lösungsansätzen unter Einbeziehung der regionalen und lokalen Entscheidungsträger, der Sozialpartner sowie anderer maßgeblicher zivilgesellschaftlicher Akteuren.

Arbeitspolitik ist zur Lösung von Beschäftigungsproblemen unverzichtbar und trägt in erheblichem Maße dazu bei, dass sowohl Arbeitsplätze dauerhaft erhalten und geschaf-

²⁶ Vgl. Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 4. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2004 bis 2009, Potsdam.

fen werden wie auch die individuelle Beschäftigungsfähigkeit gestärkt wird, beispielsweise durch berufliche Bildungsaktivitäten. Dies kann jedoch nur im Zusammenwirken mit anderen Politikfeldern, wie der Wirtschafts-, Finanz-, Struktur- und Regionalpolitik erreicht werden. Arbeitspolitik wirkt hier flankierend zu den anderen Politikfeldern. Der Erfolg arbeitspolitischer Interventionen hängt vor allem davon ab, wie es gelingt, die verschiedenen Politikbereiche miteinander zu verknüpfen und hierbei koordiniert vorzugehen. Ein Beispiel dafür stellt der Ansatz der „Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln“ dar. Die Förderstrategie des Landes gibt konkrete Branchen als Branchenkompetenzfelder und bestimmte Regionen als Regionale Wachstumskerne vor, auf die die knapper werdenden Fördermittel konzentriert werden sollen.

Für die Arbeitspolitik des Landes Brandenburg sind aber nicht nur die genannten rechtlichen Rahmenbedingungen (Landesverfassung, Koalitionsvereinbarung) relevant, sondern auch die europäischen und bundespolitischen Bedingungen. Zentrale Orientierungsgrößen bei der arbeitspolitischen Ausrichtung des Landes sind sowohl die Europäische Beschäftigungsstrategie als auch die bundespolitischen Arbeitsmarktreformen. Die Landes-Arbeitspolitik wird großenteils durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) realisiert. In der Förderperiode 2000 bis 2006 stehen für arbeitspolitische Interventionen insgesamt mehr als 760 Millionen Euro zur Verfügung, die durch Landesmittel kofinanziert werden. Beim Einsatz des ESF orientiert sich das Land an der Strukturfonds-Verordnung und an den strategischen Leitlinien der EU, die als Europäische Beschäftigungsstrategie bekannt sind (hierzu ausführlicher Kapitel 1.1).

Das Land hat arbeitspolitische Schwerpunkte definiert, die deutliche Akzente für mehr Wachstum und Beschäftigung setzen sollen. Darüber hinaus gilt es auf dringende gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren. Die zentralen Aufgabenfelder der Arbeitspolitik des Landes lassen sich wie folgt darstellen:

Ausbildung

Die berufliche Erstausbildung nimmt einen hohen Stellenwert ein, denn eine abgeschlossene Berufsausbildung ist die beste Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme am Erwerbsleben. Für junge Menschen bietet die Absolvierung einer Ausbildung zudem soziale Integration und Zukunftsorientierung. Im Artikel 29 der Landesverfassung ist das Recht auf Bildung verankert. Das Land verpflichtet sich, öffentliche Bildungseinrichtungen zu schaffen und berufliche Ausbildungssysteme zu fördern. Indem jedem und jeder ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot unterbreitet wird, entspricht das Land Brandenburg auch seiner Verfassungsprogrammatik. Durch Förderung von Ausbildungsverbänden und der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk werden zusätzliche Ausbildungsplätze erschlossen. Im Rahmen der Bund-Länder-Ausbildungsprogramme Ost werden zudem betriebsnahe Plätze und Plätze im Kooperativen Modell gefördert, die sich an den Bedarfen der Betriebe und am Arbeitsmarkt orientieren.

Berufliche Weiterbildung

Die Verbesserung der beruflichen und betrieblichen Weiterbildungsaktivitäten im Land bildet ein wichtiges Aufgabenfeld der Arbeitspolitik des Landes. Der strukturelle Wandel der modernen Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft, in der Wis-

sen und Informationen immer stärker zu unmittelbaren Produktionsfaktoren werden, erfordert einen anderen Umgang mit dem Wissenserwerb und -zugang. Das Leitbild Lebenslanges Lernen zielt hierbei auf die Förderung der Aneignung von Qualifikationen, jedoch nicht nur von explizitem Fachwissen, sondern auch von Handlungskompetenzen. Zudem kommt es darauf an, Lernprozesse lebensbegleitend zu gestalten, d. h. Lernen in allen Phasen des Berufslebens zu ermöglichen. Eine Funktion der Förderung der kontinuierlichen Beteiligung am Lernen umfasst auch die Qualifizierung von Arbeitslosen. Neben dem Erhalt bzw. der Wiedererlangung der Beschäftigungsfähigkeit zielen Bildungsaktivitäten dabei auf die Integration in den Arbeitsmarkt und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Die wirtschaftsnahe Qualifizierungsförderung fokussiert jedoch nicht nur auf eine bessere Anpassungsfähigkeit der Beschäftigten, sondern verbessert damit auch die Entwicklungspotenziale der hauptsächlich kleinen und mittleren Unternehmen. Insbesondere die Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung stärkt deren Wettbewerbsfähigkeit.

Strategien zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Die demografische Entwicklung des Landes verweist auf ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld des Landes. Gefasst unter dem Schlagwort demografischer Wandel sind Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung und -struktur zu verzeichnen, die erhebliche gesellschaftliche Konsequenzen mit sich bringen. Der sukzessive Rückgang der Bevölkerungszahl wie auch ihre Alterung und die anhaltende Abwanderung junger und gut qualifizierter Menschen wirken sich auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften aus. Bislang sind Fachkräftengpässe nur in einzelnen Wirtschaftszweigen und Betrieben zu verzeichnen. Aktuelle Projektionen zum Erwerbspersonenpotenzial in den nächsten Jahren gehen davon aus, dass die Zahl der arbeitsfähigen Menschen in Brandenburg zurückgehen wird. Inwieweit dies jedoch durch Zuwanderung, eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und passgenaue Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen kompensiert werden kann, ist unklar. Schon heute gilt es, Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage besser in Übereinstimmung zu bringen, um das Problem der Gleichzeitigkeit von Fachkräftebedarf und Arbeitslosigkeit zu mindern. Unterstützend wirkt hier insbesondere die Förderung einer bedarfsgerechten beruflichen Aus- und Weiterbildung unter Einbeziehung aller Gruppen des Arbeitsmarktes, wie bspw. Ältere, Arbeitslose und Geringqualifizierte.

Aktivitäten für Zielgruppen des Arbeitsmarktes

Das Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein bzw. länger in Arbeitslosigkeit verharren zu müssen, ist im Erwerbssystem ungleich verteilt. So besitzen bestimmte Personengruppen, dazu zählen unter anderem ältere Arbeitslose, arbeitslose Jugendliche, Arbeitslose ohne Berufsabschluss, Alleinerziehende, Berufsrückkehrerinnen und Personen mit Migrationshintergrund, schlechtere Integrationschancen in den Arbeitsmarkt als andere Personen. Notwendig ist deshalb eine zielgruppenorientierte Arbeitspolitik, die dazu beiträgt, dass sich die Beschäftigungschancen von Problemgruppen erhöhen sowie ihre soziale Ausgrenzung vermieden werden kann. Die Förderung von Zielgruppen erstreckt sich von der Bereitstellung passgenauer Qualifizierungs- und Beratungsangebote bis hin zu direkten Angeboten von Arbeitsplätzen.

Begleitung der Arbeitsmarktpolitik des Bundes im Land

Mit den bisher genannten Schwerpunkten setzt Brandenburg auf eine wirtschaftsnahe und zielgruppenorientierte Arbeitspolitik, zu der auch die Begleitung der Arbeitsmarktpolitik des Bundes gehört. Die Brandenburgische Arbeitspolitik hat für sich die Aufgabe definiert, die politischen Bemühungen des Bundes zu flankieren und zu ihrem Erfolg beizutragen. Gefordert ist ein sinnvolles Zusammenspiel zwischen den Förderinstrumenten der Bundesagentur für Arbeit und den landespolitischen Aktivitäten in der Arbeitsmarktpolitik sowohl im Bereich des SGB III wie auch SGB II. Zur Erreichung dieses Ziels hat die Landesregierung mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der BA eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit geschlossen²⁷. Im Zuge der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen des Bundes zeigt sich eine stärkere Dezentralisierung der Zuständigkeit bei der Leistungserbringung, in deren Folge die regionale Verantwortung zugenommen hat. Die Unterstützung der kommunalen Beschäftigungspolitik wird durch das MASGF im Rahmen der Zielsetzung **Regionalisierung in der Arbeitspolitik** verfolgt (Erläuterung zur konkreten Umsetzung siehe Kap. 4.3.3).

Neben den hier aufgeführten zentralen Schwerpunkten lassen sich weitere Handlungsfelder nennen, die für die Ausgestaltung der Brandenburger Arbeitspolitik eine hohe Relevanz haben: Zum einen die Beachtung des **Gender Mainstreaming** in allen Förderansätzen des Landes als eine Querschnittsaufgabe, um die Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt nachhaltig zu fördern. Zum anderen die **Weiterentwicklung der Arbeitsförderung** durch die gezielte Initiierung innovativer Ansätze zur Lösung von arbeitsmarktspezifischen Problemlagen sowie durch den Einsatz eines effektiven Qualitätssicherungssystems.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass eine erfolgreiche Arbeitspolitik nur dann möglich ist, wenn sie seitens aller Akteure des Arbeitsmarktes auf hohe Akzeptanz stößt. Aus diesem Grund hat das Land alle relevanten arbeitsmarktpolitischen Akteure in die Gestaltung und Weiterentwicklung der Arbeitspolitik im Rahmen eines **kontinuierlichen partnerschaftlichen Abstimmungsprozesses** eingebunden.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die brandenburgische Arbeitspolitik zwar durch die Rahmenbedingungen auf den verschiedenen Ebenen (EU, Bund, Land) beeinflusst wird, gleichwohl aber eine eigenständige Rolle hat und wichtige Akzente setzen kann. Im LAPRO ist das arbeitsmarktpolitische Förderinstrumentarium zusammengefasst, mit dem die vorstehend genannten Schwerpunkte zielgerichtet bearbeitet werden.

4.2 Das Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) in der ESF-Förderperiode 2000 bis 2006

Alle arbeitspolitischen Aktivitäten des Landes sind im LAPRO verortet. Für eine bessere Übersichtlichkeit wurden die Handlungsschwerpunkte des LAPRO in der ESF-Förderperiode 2000 bis 2006 in vier arbeitspolitische Schwerpunktbereiche unterteilt:

²⁷ Die Vereinbarung fußt auf § 367 Abs. 3 SGB III.

²⁸ Vgl. Operationelles Programm des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007-2013 (unter www.esf.brandenburg.de).

- Für das Erwerbsleben qualifizieren – Programme der beruflichen Ausbildung (BAB)
- Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Programme zur Integration (INT)
- Bestehende Arbeitsplätze stabilisieren – Programme zur Prävention (PRÄV)
- Neue Methoden und Instrumente – Programme zur Innovation (INO)

Hinter dieser Systematik verbirgt sich die Grundphilosophie der Förderung: Vorrangig gilt es das Problem der beruflichen Erstausbildung zu lösen. In diesem Bereich sind alle Programme gebündelt, die sich mit der Förderung von Ausbildungsplätzen beschäftigen und dazu beitragen, dass die Ausbildungsbasis im Land erhöht wird. Ferner folgen sie dem Ziel, die Ausbildungsplatzlücke in Brandenburg zu schließen, indem sie betriebsnahe Ausbildungsplätze schaffen und Ausbildung im Kooperativen Modell ermöglichen.

Zusätzlich sollen arbeitsmarktpolitische Zielgruppen in das Erwerbsleben integriert werden. Hierunter findet sich ein differenziertes und umfangreiches Maßnahmeangebot wieder, wie etwa die Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit.

Drittens soll dem Entstehen von Arbeitslosigkeit durch präventive Maßnahmen, die in den Betrieben ansetzen, begegnet werden. Die Programme zielen dementsprechend auf die Stabilisierung von Arbeitsplätzen durch eine den Erfordernissen der Betriebe entsprechende Qualifikation des Managements der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz.

Darüber hinaus sollen viertens durch ausgewählte Einzelförderungen zielgerichtet und lösungsorientiert aktuell relevante arbeitsmarktliche Probleme angegangen werden. Damit können Lösungsansätze exemplarisch erprobt und präsentiert werden. Erfolgreiche Lösungsansätze können an anderer Stelle nachgenutzt werden und damit gesellschaftliche und politische Entwicklungen angestoßen werden.

Durch die Gliederung der Arbeitsförderung in vier Schwerpunktbereiche ist eine gute Überschaubarkeit und Transparenz gegeben, gleichfalls kann mit ihr auch dem wichtigen Anspruch nach programmatischer Flexibilität in der Arbeitspolitik entsprochen werden. Denn Arbeitspolitik ist in ein komplexes System eingebunden, woraus sich immer wieder Anpassungserfordernisse ergeben können. So ziehen Veränderungen in der Bundesgesetzgebung ggf. Änderungsbedarf auf Landesebene nach sich, wie es sich im Rahmen der Hartz-Reformen seit 2004 zeigt. Zudem unterliegt die Entwicklung des Arbeitsmarktes einer Dynamik, die ebenfalls Modifizierungen der Förderansätze erforderlich macht. Schließlich spielen gewonnene Erfahrungen und Erkenntnisse im Zuge der Umsetzung der Arbeitsförderung eine wichtige Rolle. Betrachtet man die Weiterentwicklung des LAPRO über einen längeren Zeitraum, so fällt auf, dass sich hier gleichermaßen Kontinuität und Wandel widerspiegeln. Neben der Fortführung bewährter Programme sind auch immer wieder neue Instrumente hinzugekommen.

Mit Blick auf die neue Förderperiode 2007 bis 2013 wird die Struktur des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ eine neue Gestalt annehmen. Die Gliederung erfolgt nicht mehr nach den oben benannten Schwerpunktbereichen, sondern orientiert sich an der Systematik des Operationellen Programms des Landes Brandenburgs. Die dort definierten Prioritätsachsen mit den entsprechenden Zielformulierungen bestimmen nunmehr den Aufbau des LAPRO.²⁸ Künftig werden die verschiedenen Maßnahmen und Förderaktivitäten den vier Prioritätsachsen zugeordnet und erleichtern somit die zielsteuernde Koordinierung der Arbeitsförderung.

4.2.1 Methodik und System der Qualitätssicherung des LAPRO

Das qualitativ anspruchsvolle Förderspektrum des LAPRO erfordert ein solides und effektives Qualitätssicherungssystem. Das Verfahren der Qualitätssicherung des LAPRO trägt erkennbar zur Verbesserung und Optimierung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung bei. Das Qualitätssicherungssystem hat die Prozess-, Produkt- und Ergebnisqualität der Arbeitsfördermaßnahmen auf Programmebene zu sichern. Es besteht aus den beiden Kernelementen Monitoring und Evaluation, die es ermöglichen, zeitnah Aussagen zur Effizienz und Effektivität arbeitsmarktpolitischer Programme und Richtlinien abzuleiten. Das Monitoring hat die Funktion der prozessbegleitenden Dokumentation, Programmanalyse und Programmsteuerung. Es erhebt laufend die unmittelbaren Ergebnisse der Arbeitsförderung anhand ausgewählter finanzieller und materieller Indikatoren (siehe dazu die Darstellung in den Abschnitten 4.3.1 und 4.3.2) und liefert zudem die Datenbasis für vertiefende Evaluationen.

Über sogenannte Stammbblätter werden Daten und Informationen direkt von den Zuwendungsempfängern, den Projektträgern, erhoben. Auch von Personen, die an den Maßnahmen teilnehmen sowie von beteiligten Unternehmen werden Daten erfragt, die Auskunft darüber geben, wer an der Förderung beteiligt ist und mit welchem Erfolg. In der Förderperiode 2000 bis 2006 wurden bislang mehr als 39.700 Stammbblätter von Projektträgern ausgefüllt. Von ca. 200.400 teilnehmenden Männern und Frauen²⁹ und von knapp 18.500 Unternehmen wurden vertiefende Daten erfasst. Mit diesen Informationen ist für jedes Förderjahr und für jede Förderung darstellbar, welche Leistungen jeweils erzielt wurden. Um jedoch mehr über die Folgen der Leistungen, das heißt über die Ergebnisse und die Wirkungen der Maßnahmen zu erfahren, sind wissenschaftliche Bewertungen notwendig.

Durch sozialwissenschaftliche Evaluationsstudien kann der begrenzten Aussagekraft des Monitoring begegnet werden, indem vertiefende Befunde zur Akzeptanz, Wirkung und Wirksamkeit bestehender Programme ermittelt werden können (vgl. hierzu Abschnitt 4.3.3). Die Evaluationsstudien werden als Forschungsaufträge an einschlägige sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen und Institute vergeben. Die Ergebnisse fließen direkt in die Weiterentwicklung bestehender bzw. in die Entwicklung neuer Programme ein.

In der Förderperiode 2000 bis 2006 wurden insgesamt 13 Evaluationsstudien durchgeführt, die jeweils einzelne Förderprogramme bzw. -ansätze zum Gegenstand hatten. Darunter waren beispielsweise die Untersuchung der lokalen Initiativen für neue Beschäftigung im Land Brandenburg, die wissenschaftliche Bewertung der berufspädagogischen Maßnahmen der Jugendhilfe und die Studie zur Förderung der Kompetenzentwicklung in Klein- und mittelständischen Unternehmen. Indem die einzelnen Zielgruppen der Maßnahmen, wie etwa arbeitslose Frauen und Männer oder kleine Unternehmen in die Befragung einbezogen werden, können neben den intendierten Wirkungen auch sogenannte nichtintendierte Effekte der Fördermaßnahmen erfasst werden. Allen Evaluationsstudien ist gemein, dass neben quantitativen auch qualitative

²⁹ Das Ausfüllen der Teilnehmerstammbblätter durch die teilnehmenden Personen an Fördermaßnahmen des Landes basiert auf Basis einer freiwilligen Verpflichtung. Von knapp der Hälfte aller Förderfälle in der Förderperiode 2000 bis 2006 liegen somit aussagekräftige Informationen vor.

Fragestellungen berücksichtigt werden. Ferner werden im Rahmen der Evaluationen verschiedene methodische Designs angewendet, wie etwa Vergleichsgruppenansätze oder Multiplikatoranalysen. Dadurch lassen sich nicht nur Informationen zur Umsetzung der Programme und deren direkte Wirkungen erfassen, sondern sind auch Aussagen beispielsweise zur regionalen Wirksamkeit und zu Nettoeffekten möglich.

Neben den unmittelbaren Programmevaluationen werden zudem Studien und Forschungsaufträge vergeben, die entweder als ex ante oder ex post Untersuchungen angelegt sind. Mithilfe dieser Untersuchungen können einerseits gezielt Forschungsfragen verfolgt und konkrete Lösungsansätze erarbeitet werden, die sich beispielsweise aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen ergeben, wie etwa die Entwicklung des regionalen Fachkräftebedarfs vor dem Hintergrund demografischer Prozesse. Andererseits erfordert eine wirksame Arbeitsmarktpolitik die kontinuierliche Beobachtung der regionalen und sektoralen Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung, um rechtzeitig Trends und Problemlagen zu erkennen sowie anschließend geeignete Maßnahmen entwickeln zu können. Ein wichtiges Instrument ist hierbei das Betriebspanel, das in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) durchgeführt wird. In Form einer Wiederholungsbefragung werden jährlich Informationen zur Betriebs- und Beschäftigungsentwicklung im Land Brandenburg erhoben.

4.2.2 Umfang der Förderleistungen in der Förderperiode 2000 bis 2006

Für eine erste Bilanz der Arbeitsmarktförderung in der ESF-Förderperiode 2000 bis 2006 wird das Fördergeschehen insgesamt betrachtet. Eine Gesamtschau zeigt auf, dass im Zeitraum 2000 bis 2006 insgesamt mehr als 452.000 Personen aktiv in Maßnahmen eingebunden waren. Ein Großteil davon war jünger als 25 Jahre. Der Anteil von Frauen an alle Teilnehmenden an Fördermaßnahmen liegt bei knapp 31 Prozent (vgl. Tabelle 13). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass junge Frauen insbesondere in der Programmsäule BAB – Ausbildung unterrepräsentiert sind. Maßnahmen in diesem Bereich, wie etwa die Ausbildungsverbünde oder die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, konzentrieren sich vor allem auf Ausbildungsmöglichkeiten in gewerblich-technischen und handwerklichen Berufen. In diesem Berufsspektrum sind junge Frauen unterrepräsentiert.

Tabelle 13

Bewilligte Förderanträge und Förderfälle in der Förderperiode 2000 bis 2006

Programmbereich	Anträge	Förderfälle		
		Gesamt	davon Frauen	Anteil in %
BAB – Ausbildung	8.734	266.300	52.800	19,8
INT – Integration	17.054	136.400	67.200	49,3
PRÄV – Prävention	2.621	27.300	9.400	34,4
INO – Innovation	565	22.900	11.000	48,0
Insgesamt	28.974	452.900	104.400	31,0

Ogleich sich die Struktur des Landesprogramms in der Förderperiode nicht geändert hat, zeigt eine Analyse des Förderumfangs nach Förderfällen, dass im Zeitverlauf etliche Anpassungsprozesse in der inhaltlichen Schwerpunktsetzung stattgefunden haben. Angesichts der Entwicklung des Brandenburger Arbeitsmarktes sowie der bundespolitischen Reformprozesse, insbesondere in den Jahren 2004 und 2005, sind immer wieder Korrekturen bzw. Ergänzungen in der Programmatik notwendig gewesen. Sowohl die Höhe der bewilligten Mittel wie auch die damit verbundenen Förderfallzahlen wurden entsprechend der Bedarfslage gesteuert. Für den Zeitraum 2000 bis 2006 zeigt sich das folgende Bild: Relativ konstant geblieben ist in der Förderperiode die hohe Bedeutung des Bereichs BAB – berufliche Ausbildung. Der Großteil der Mittel, wie auch der überwiegende Teil der geförderten Personen sind diesem Bereich zuzuordnen. Der deutliche Rückgang der Förderfallzahlen im Bereich INT – Integration von arbeitslosen Frauen und Männer in Erwerbsarbeit beruht auf dem Rückzug des Landes aus der Kofinanzierung von Maßnahmen der BA, der Einführung des SGB II und der damit verbundenen Grundsatzentscheidung, dass im Rechtskreis des SGB II eingesetzte Instrumente nicht bzw. gegebenenfalls nur das Regionalbudget kofinanziert werden sowie auf dem Umstand, dass eine stärkere Konzentration auf Maßnahmen stattgefunden hat, die einen höheren qualitativen Anspruch verfolgen. Im Kern geht es darum möglichst alle Zielgruppen des Arbeitsmarktes, insbesondere Ältere und Langzeitarbeitslose, nicht nur in zeitweise Beschäftigung zu bringen, sondern auch deren Verbleib längerfristig zu sichern. Dies erfordert jedoch Ansätze mit hoher Intensität in der Vor- und Nachbetreuung. Gegenüber dem Förderbeginn im Jahr 2000 zeigt sich für die Bereiche Prävention wie auch Innovation jeweils eine wachsende Bedeutung. Angesichts des sozioökonomischen Strukturwandels, welcher sowohl mit Beschäftigungsabbau wie aber auch mit Veränderungen innerhalb des Beschäftigungssystems einhergeht, sieht sich Arbeitsmarktpolitik immer mehr in Rolle Arbeitslosigkeit präventiv wie auch innovativ entgegenzuwirken. Die Stabilisierung der Arbeitsplätze durch betriebliche Qualifizierung ist hier ein wirksamer Ansatz und trägt zur Verbesserung der Innovationsfähigkeit insbesondere der Klein- und mittelständischen Betriebe bei.

Tabelle 14
Entwicklung der Förderfallzahlen im Zeitraum 2000 bis 2006
nach Programmschwerpunkten

Programmbereich	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Gesamt
BAB – Ausbildung	42.200	40.100	38.000	36.400	37.400	37.300	34.300	266.300
INT – Integration	32.900	25.600	27.500	20.600	10.500	8.000	11.300	136.400
PRÄV – Prävention	900	4.600	2.700	3.200	3.700	5.400	6.800	27.300
INO – Innovation	300	4.200	3.400	6.200	2.600	3.700	2.500	22.900
Insgesamt	76.300	74.200	71.600	66.400	54.200	54.400	54.900	452.900

Die konzeptionelle Unterteilung des LAPRO in vier Schwerpunktbereiche hat sich bewährt. Einerseits werden mit dem Landesprogramm die beschäftigungspolitischen Ziele der Lissabon-Strategie konsequent und nachvollziehbar verfolgt (vgl. hierzu Kap. 1.1). An-

dererseits weist das Programm ein hohes flexibles Potenzial auf, um auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes frühzeitig reagieren zu können. Der Brandenburger Arbeitsmarkt ist kein statisches Gebilde, sondern unterliegt ständigen Veränderungen. Rückblickend sind mit dem LAPRO arbeitsmarktpolitische Strategien präferiert, die Arbeitsmarktprobleme und deren Ursache ganzheitlich in den Blick nehmen und letztlich auch neue Lösungsansätze befördern. Im Hinblick auf die neue Förderperiode 2007–2013 werden die gemachten Erfahrungen und Erkenntnisse in die Überarbeitung des LAPRO einfließen.

4.3 Zentrale Ergebnisse der Arbeitsförderung in 2006

Nachdem die Förderleistung für die ESF-Förderperiode 2000 bis 2006 insgesamt dargestellt wurde, werden im Folgenden die relevanten Förderergebnisse für das Jahr 2006 detailliert beschrieben. Im Mittelpunkt steht die Betrachtung einzelner Programmpunkte, dabei werden die wichtigsten Maßnahmen gesondert herausgestellt. Anschließend wird am Beispiel eines neuartigen Instruments zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit aufgezeigt, welche Möglichkeiten und welchen Erfolg eine regionalisierte Arbeitsförderung haben kann.

4.3.1 Gesamtüberblick zum Fördergeschehen

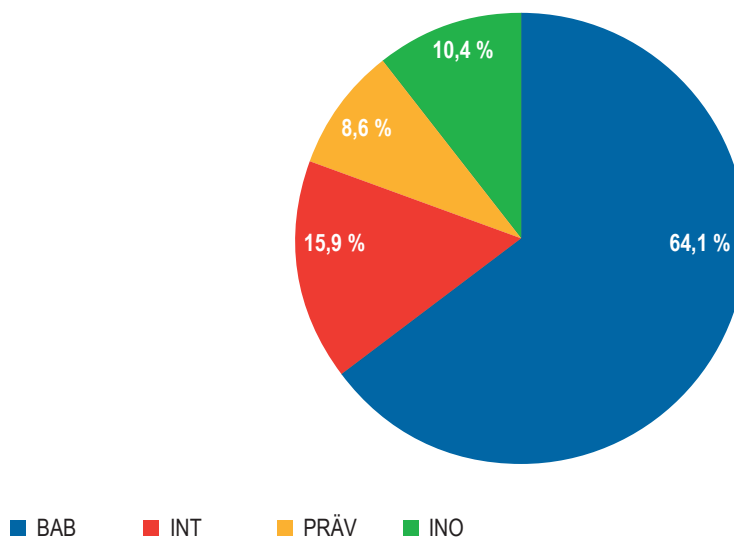
Im Jahr 2006 hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Zuwendungen im Rahmen des LAPRO in einem Gesamtumfang von rund 90 Mio. Euro ausgesprochen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtsumme der Neubewilligungen um 15,6 Mio. Euro verringert. Ohne die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union hätte das genannte Neubewilligungsvolumen nicht realisiert werden können. Das Volumen der ESF-Mittel an den Neubewilligungen betrug rund 83 Mio. Euro.³⁰ Ergänzend wurden zur nationalen Kofinanzierung und für reine Landesförderungen (Lottomittel für den Berufsbezogenen internationalen Jugendaustausch) ca. 6,5 Mio. Euro eingesetzt.

Entsprechend der Struktur des LAPRO (siehe 4.2) lassen sich die insgesamt bewilligten Mittel auf vier Schwerpunktbereiche aufteilen. Es zeigt sich, dass der größte Anteil an Neubewilligungen auf den Bereich der Programme zur beruflichen Ausbildung (BAB) entfiel. Das heißt, allein zwei Drittel der Mittel wurden für die Verbesserung der Ausbildungssituation in Brandenburg eingesetzt. Die Verbreiterung der Ausbildungsbasis und die Schließung der Ausbildungsplatzlücke standen hierbei im Mittelpunkt. Ein Sechstel der zur Verfügung stehenden Mittel wurden im Rahmen der Programme zur Integration (INT) eingesetzt. Für die beiden anderen Schwerpunkte Prävention und Innovation sind leichte Zuwächse gegenüber dem Vorjahr feststellbar (siehe Tabelle 14): So entfielen auf die Programme zur Prävention (PRÄV) ein Anteil von knapp 9 Prozent und auf innovative Förderungen (INO) rund 10 Prozent der Neubewilligungen. Die zum Teil deutlichen Anteilsverschiebungen zwischen den einzelnen Schwerpunktbereichen des LAPRO sind zum einen darauf zurückzuführen, dass die Ansätze für Programme zur be-

³⁰ Im Rahmen des LAPRO wurden sowohl ESF-Mittel des Landes Brandenburg als auch Bundes-ESF-Mittel eingesetzt.

ruflichen Ausbildung aufgrund der hier vorherrschend langen Laufzeiten absolut gesehen zunehmen. Zum anderen ist dies dadurch bedingt, dass für die neu aufgenommene Förderungen im Bereich Integration arbeitsmarktlicher Zielgruppen im Zusammenhang mit den Reformen am Arbeitsmarkt für 2006 keine Neubewilligungen erforderlich waren, da die Bewilligungen mehrjährig schon 2005 erfolgt waren.

Grafik 14
Verteilung Fördermittel des Landesprogramms nach Schwerpunktbereichen im Jahr 2006



Mit den genannten Mitteln sind im Jahr 2006 rund 54.900 Personen qualifiziert oder in eine zumindest zeitweilige Beschäftigung gebracht worden. Im Vergleich zum Jahr 2005 ist die Zahl der geförderten Personen um ca. 480 Förderfälle leicht angestiegen. Obgleich die Bewilligungssumme in 2006 unter dem Vorjahreswert lag, konnte die Zahl der geförderten Personen auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.

Von den Geförderten waren rund 16.000 Frauen. Das entspricht einem Anteil von fast 30 Prozent. Zu beachten ist hierbei, dass viele Förderungen im Bereich der Erstausbildung mit hohen Förderfallzahlen im gewerblich-technischen Bereich ansetzen (Ausbildungsverbände, überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk) und insoweit der Frauenanteil dort insgesamt eher gering ausfällt, in den einzelnen Förderprogrammen aber sehr stark differiert. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Fördersatz pro Förderfall in 2006 auf rund 1.640 Euro (2005: 1.930 Euro) abgesenkt werden. Damit wird der Vorjahrestrend fortgesetzt, da in 2005 neue kostengünstige Maßnahmen, wie beispielsweise das Programm „Aktiv für Arbeit“, eingeführt wurden.

Tabelle 15**Bilanz des Landesprogramms in 2006 – Förderfälle und Mitteleinsatz**

Schwerpunktbereich	Anträge Bewilligt	Förderfälle		Fördermittel neu bewilligt in 2006		Fördermittel neu bewilligt in 2005	
		Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent	in Mio. Euro	in Prozent
BAB – Ausbildung	1.068	34.254	6.803	57,64	64,1	61,45	58,3
INT – Integration	846	11.297	5.920	15,18	16,9	31,69	30,1
PRÄV – Prävention	530	6.790	1.796	7,73	8,6	5,63	5,3
INO – Innovation	180	2.541	1.535	9,32	10,4	6,69	6,3
Gesamt	2.624	54.882	16.054	89,87	100,0	105,45	100,0

4.3.2 Ergebnisse einzelner Förderprogramme nach Schwerpunktbereichen

Unter den Schwerpunktbereichen des LAPRO sind die verschiedenen Richtlinien und Programme zusammengeführt, mit denen die Leitlinien der Brandenburger Arbeitsmarktpolitik konkret umgesetzt werden. Die Auswertung der Förderergebnisse nach den Schwerpunktbereichen gibt zudem Auskunft über das Spektrum der Herangehensweisen bzw. Programmansätze.

Förderergebnisse im Schwerpunkt berufliche Ausbildung

Auch im Jahr 2006 verfolgte die Landesregierung das Ziel, allen ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen vor dem Hintergrund einer nach wie vor schlechten Situation auf dem Ausbildungsmarkt einen Ausbildungsplatz anbieten zu können, der zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Die Landesregierung hat verschiedene Förderinstrumente aufgelegt, um die Ausbildungsplatzlücke zu schließen. Dies ist umso dringlicher, da zum Ende des Berufsberatungsjahrs 2005/2006 in Brandenburg insgesamt mehr als 20.000 Altbewerber/-bewerberinnen gezählt wurden. Die Ausbildungsnachfrage ist gekennzeichnet durch eine wachsende Zahl von Altbewerbern/-bewerberinnen. Die Landesregierung hat verschiedene Förderinstrumente aufgelegt, um die Ausbildungsplatzlücke zu schließen. Insgesamt werden in diesem Schwerpunkt 13 Richtlinien und Programme umgesetzt. Das umfangreiche Förderangebot unterscheidet sich jedoch nach dem Umfang des Mitteleinsatzes sowie nach der Anzahl der geförderten Personen. In Tabelle 16 werden ausgewählte Programme vorgestellt, die in diesem Schwerpunktbereich von besonderer Bedeutung sind.

Die Verbundausbildung als Instrument der Verbesserung der Ausbildungsqualität und der Verbreiterung der betrieblichen Ausbildungsbasis hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Mehr als 4.000 Auszubildende wurden erreicht, das sind 1.138 mehr als im Vorjahr. Der Anteil weiblicher Auszubildender an dieser Förderung betrug rund 18 Prozent. Der Grund für den insgesamt weiterhin niedrigen Anteil weiblicher Auszubildender ist dem Umstand geschuldet, dass Ausbildungsverbünde hauptsächlich im Bereich der gewerblich-technischen und handwerklichen Berufe und damit in Berufen, auf die sich Mädchen nur begrenzt orientieren, errichtet werden.

Im Rahmen des Bund-Länder-Programms 2006 sowie des Landesergänzungspro-

Tabelle 16
Förderergebnisse ausgewählter Programme im Schwerpunkt
berufliche Ausbildung

Programmpunkt	Förderfälle		Fördermittel bewilligt für 2006	
	Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent*
Ausbildungsverbünde	4.123	747	4,55	4,0
Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk	18.204	2.073	2,86	2,5
Aktionsprogramm Lehrstellen Ost/ Landesergänzungsprogramm	4.514	1.923	43,71	38,6
Überbetriebliche Ausbildung Landwirtschaft	2.682	383	0,50	0,4
Berufsausbildungsvorbereitung	1.800	800	0,69	0,6

* Anteil bezogen auf alle bewilligten Mittel im LAPRO

gramms konnten im Jahr 2006 zusätzliche Ausbildungsplätze fördern. Dieses Programm dient der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Jugendliche, die unmittelbar vor Ausbildungsbeginn bei einer Agentur für Arbeit in Brandenburg als noch nicht vermittelte Ausbildungsplatzbewerber/-innen gemeldet sind. Dafür hat das Land rund 40 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds eingesetzt.

Förderergebnisse im Schwerpunktbereich Integration

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt des LAPRO stellen Programme zur Integration dar. Förderansätze in diesem Bereich zielen vor allem auf Maßnahmen, die die Chancen auf die Integration in reguläre Arbeit erhöhen (vgl. Tabelle 17).

Förderansätze in diesem Bereich zielen vor allem auf Maßnahmen, die die Chancen auf die Integration in reguläre Arbeit erhöhen. Hier wurden im vergangenen Jahr insgesamt rund 15 Mio. Euro zugewendet. Insgesamt wurden in diesem Schwerpunktbereich rund 11.300 arbeitslose Personen gefördert. Dabei handelte es sich zur Hälfte um Frauen. Entsprechend der Zielsetzung der Programme zur Integration, nämlich vor allem für Personen, die bereits länger als ein Jahr arbeitslos sind, eine Verbesserung der Be-

Tabelle 17
Förderergebnisse ausgewählter Programme im Schwerpunkt Integration

Programmpunkt	Förderfälle		Fördermittel bewilligt für 2006	
	Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent*
Existenzgründungsförderung	1.169	492	4,27	3,8
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3.975	2.001	11,44	10,1
Regionalbudget	1.311	599	8,07	7,1
Aktiv für Arbeit	4.724	2.768	5,20	4,6

* Anteil bezogen auf alle bewilligten Mittel im LAPRO

schäftigungschancen zu erreichen, waren überwiegend Langzeitarbeitslose in die verschiedenen Fördermaßnahmen involviert.

Durch die Einrichtung von Lotsendiensten als Anlaufstelle für Existenzgründungswillige, insbesondere aus der Arbeitslosigkeit, steht ein stabiles durchgängiges Service-Angebot zur Verfügung. Der Lotsendienst vermittelt entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen Angebote, wie etwa individuelle (Erst-) Beratungen und begleitende Betreuung. Gefördert werden sowohl die Lotsendienste als auch die Inanspruchnahme von Potenzialanalysen und Beratungsmaßnahmen in der Vorgründungsphase. Mit diesem Ansatz einer qualifikations- und beratungsbezogenen Existenzgründungsförderung in der Vorgründungsphase konnte eine Lücke im Land geschlossen werden. Denn Gründerpersonen aus Arbeitslosigkeit besitzen in der Regel spezifische Schwierigkeiten, die sich jedoch durch umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsleistungen durchaus bewältigen lassen.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes und vor allem, um der Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, werden auf Grundlage der §§ 260 ff. des SGB III zusätzliche Arbeitsplätze in Form von Arbeitsschaffungsmaßnahmen ergänzend durch das Land gefördert. So wurden für die neugeordnete ABM-Richtlinie im Jahr 2006 rund 7 Mio. Euro neu bewilligt. Damit konnten ca. 4.000 Arbeitslose, davon mehr als die Hälfte Frauen, in 817 Projekten erreicht werden. Außerdem wurden dem MIR im Rahmen des Verwaltungsabkommens zur Braunkohlesanierung 4 Mio. Euro aus dem ESF bereitgestellt.

Das Programm „Aktiv für Arbeit“ trägt durch Maßnahmen zum Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit und zur Verbesserung der psychischen, physischen, sozialen und qualifikatorischen Situation ebenfalls zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage von Langzeitarbeitslosen bei. Gestartet in 2005 richtet sich dieses neue Programm primär an ALG II-Bezieherinnen und -Bezieher sowie an Langzeitarbeitslose ohne Leistungsansprüche, insbesondere Frauen. Für „Aktiv für Arbeit“ wurden in 2006 keine Mittel neu bewilligt. Insgesamt konnten mehr 4.700 Personen, davon ca. 2.770 Frauen, in die Förderung einbezogen werden. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der registrierten Langzeitarbeitslosen in Brandenburg ergibt sich eine Abdeckungsquote von rund 7,6 Prozent an allen langzeitarbeitslos gemeldeten Personen in Brandenburg. Das Förderangebot steht in allen Landkreisen und kreisfreien Städten – an insgesamt 39 Standorten – zur Verfügung.

Mit dem Förderprogramm „Regionalentwicklung stärken – Langzeitarbeitslose schneller integrieren“ werden seit 2005 – zunächst im Rahmen einer Modell- und Erprobungsphase – ausgewählte Kommunen durch Bereitstellung von Regionalbudgets bei der Realisierung einer effizienten und strukturwirksamen kommunalen Beschäftigungspolitik unterstützt. Die Regionalbudgets sind mit dem Ziel gestartet, neue und innovative Instrumente zu entwickeln und umzusetzen, die die Arbeitsmarktintegration oder die Beschäftigungsfähigkeit von langzeitarbeitslosen Männern und Frauen deutlich erhöhen. In einem Wettbewerbsverfahren konnten sich die Landkreise Barnim, Prignitz und Spree-Neiße sowie die Stadt Potsdam erfolgreich durchsetzen. Aufgrund der bislang erfolgreich verlaufenden Erprobungsphase der Regionalbudgets ist eine flächendeckende Einführung in allen Landkreisen/kreisfreien Städten ab Juli 2007 geplant. In 2006 wurden im Rahmen der Regionalbudgets insgesamt rund 1.300 Personen gefördert, der Frauenanteil liegt bei 45,7 vH und entspricht damit genau ihrem Anteil an der Gruppe der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. Angaben zur Wirkung und Wirksamkeit

der Förderansatzes werden durch eine formative Evaluation erarbeitet, deren endgültige Ergebnisse Ende 2007 vorliegen werden. Die Mittel, die auf die Förderung der ausgewählten Kommunen für zwei Jahre entfallen, wurden bereits in 2005 in Höhe von insgesamt 12 Mio. Euro bewilligt.

Förderergebnisse im Bereich präventiver Programme

Der Schwerpunktbereich Programme zur Prävention zielt auf Verbesserung der Arbeitsplatzsituation vor dem Hintergrund sich ständig verändernder Arbeits- und Qualifikationsanforderungen und gewinnt somit weiter an Bedeutung. Angesichts der zu erwartenden demografischer Veränderungen im Land Brandenburg soll so frühzeitig Fachkräftengpässen begegnet werden, indem vor allem für Klein- und Mittelbetriebe Fördermöglichkeiten angeboten werden. Der Fokus liegt hierbei auf der Förderung von betrieblicher Qualifizierung und Beratung. Auch im Jahr 2006 war die Inanspruchnahme seitens der KMU wieder beträchtlich. So waren Geschäftsführer und Beschäftigte insbesondere aus Kleinst- und Kleinunternehmen in Fördermaßnahmen involviert. Insgesamt wurden für Programme in diesem Schwerpunktbereich 7,73 Mio. Euro bereitgestellt.

Tabelle 18
Förderergebnisse ausgewählter Programme im Schwerpunkt Prävention

Programmpunkt	Förderfälle		Fördermittel bewilligt für 2006	
	Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent*
Qualifizierung in KMU	6.343	1.599	6,21	5,5
Einstiegsteilzeit für Jugendliche	425	185	1,04	0,9

* Anteil bezogen auf alle bewilligten Mittel im LAPRO

Mit der Richtlinie zur Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fördert das Land Brandenburg die Qualifizierung von Beschäftigten und Geschäftsführern, die prozessbegleitende Beratung des Managements bei der Erarbeitung unternehmensspezifischer Qualifizierungskonzepte sowie das Projekt- und Netzwerkmanagement bei Weiterbildungsverbänden. Ziel der Förderung ist die Stabilisierung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze vor dem Hintergrund sich schnell ändernder Arbeits- und Qualifikationsanforderungen. Die Nachfrage dieses Förderangebots ist seitens der Unternehmen ungebrochen hoch. Im Jahr 2006 konnten mehr als 6.300 Arbeitnehmer und Geschäftsführer in KMU qualifiziert werden. Die Richtlinie wird in besonderem Maße von Kleinstunternehmen mit bis zu 5 Beschäftigten und von Kleinunternehmen mit 5 bis 9 Beschäftigten im Bereich verarbeitendes Gewerbe und unternehmensnahe Dienstleistungen nachgefragt. Das sind Wirtschaftszweige, in denen die Beschäftigungsquote von Frauen bei ca. einem Drittel liegt.

Durch das Modellprojekt „Einstiegsteilzeit für Jugendliche in Brandenburg“ kann sowohl die Fachkräftesicherung wie auch die Verbesserung der Beschäftigungschancen arbeitsloser Jugendlicher erreicht werden. Die Umsetzung des Projektes erfolgt mit Unterstützung von Grundsicherungsträgern und den Agenturen für Arbeit und richtet sich

an arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche unter 25 Jahren, denen nach der Ausbildung der Berufseinstieg in den Betrieb über Teilzeitbeschäftigung ermöglicht wird. Mit diesem Förderangebot kann dem Problem beim Übergang von der Ausbildung in das Erwerbsleben begegnet werden.

Förderergebnisse im Bereich innovativer Maßnahmen

Die in diesem Handlungsfeld zusammengefassten Förderungen sind weitgehend als modellhafte Ansätze zur Bearbeitung bestimmter Einzelprobleme des Arbeitsmarktes zu verstehen. Es wird dabei nicht der Anspruch erhoben, die aufgezeigten Problemlagen vollständig aufzulösen; vielmehr sollen neuartige Lösungsansätze erprobt und vorgestellt werden. Einen besonderen Stellenwert haben hier angebotsorientierte Förderverfahren, bei denen das MASGF im Rahmen eines partnerschaftlichen Abstimmungsprozesses bestimmte arbeitsmarktrelevante Themen definiert, die nach dem Wettbewerbsprinzip ausgeschrieben werden. Die Zahl der Förderfälle in diesem Förderpunkt belief sich 2006 auf 2.541, wovon ca. zwei Drittel Frauen sind. In den verschiedenen zielgruppenspezifischen Kampagnen wurden vor allem Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahre und ältere Arbeitslose über 50 Jahre angesprochen.

Tabelle 19
Förderergebnisse ausgewählter Programme im Schwerpunkt Innovation

Programmpunkt	Förderfälle		Fördermittel bewilligt für 2006	
	Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent*
INNOPUNKT	1.147	804	6,43	5,7
Akademie 50plus	787	508	0,44	0,4
Verzahnungsförderung	177	55	2,21	2,0
Berufsbezogener internationaler Jugendaustausch	142	63	0,10	0,1
Lohnkostenzuschüsse Jugendliche an der zweiten Schwelle	139	56	0,20	0,2

* Anteil bezogen auf alle bewilligten Mittel im LAPRO

Mit der arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktförderung INNOPUNKT werden nachhaltige und übertragbare Vorhaben zu vom MASGF ausgeschriebenene Schwerpunktthemen unterstützt. Die verschiedenen Kampagnen, die öffentlichkeitswirksam agieren, verbinden die zielgruppenspezifische Arbeitsförderung mit einer zukunftsorientierten Innovationsförderung. Im Jahr 2006 sind die beiden Kampagnen „Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen stärken“ und „Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft“ gestartet, die vor allem eine wirtschaftsnahe Arbeitsförderung gewährleisten sollen. Für eine dritte Kampagne „Systematische Arbeitswelt- und Berufsorientierung“ erfolgte in 2006 der Aufruf zum Ideenwettbewerb, jedoch begann die Maßnahme – und somit auch der Bewilligungszeitraum – erst Anfang 2007. Für den Schwerpunktbereich INNOPUNKT sind daher im Jahr 2006 etwa 4 Mio. Euro bewilligt worden. Insgesamt

konnten in 2006 rund 1.150 Teilnehmer/Teilnehmerinnen gefördert werden. Der Frauenanteil liegt hier bei rund 70 Prozent.

Mit der „Akademie 50plus“ werden Projekte zur Entwicklung, Organisation und Durchführung von modularen beruflichen Qualifizierungs- und Trainingsangeboten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an fünf Standorten im Land gefördert. Die Förderung ist neben ALG-II-Beziehenden auch älteren Nichtleistungsbeziehenden zugänglich. Dieses Angebot nahmen in 2006 insgesamt 787 ältere Menschen in Anspruch, davon 500 Frauen.

Um das Anliegen einer Verzahnung von investiven Vorhaben mit Mitteln der Arbeitsförderung und Gender Mainstreaming auf lokaler Ebene zur Geltung zu bringen, bietet das Landesprogramm die Förderung „Verzahnung und Chancengleichheit“ an. Für die Förderung dieser Beschäftigungsinitiativen auf regionaler Ebene wurden 2,86 Mio. Euro bewilligt. Damit konnten in allen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten entsprechende Projekte unterstützt werden. Zwischenzeitlich ist der Förderansatz in die Regionalbudget-Förderung übergegangen.

Im Rahmen der Landesinitiative „Junge Leute starten durch“ werden verschiedene Förderangebote gebündelt, die sich an arbeitslose junge Menschen nach der Ausbildung richten. Um die individuellen Erwerbschancen zu verbessern, kann eine Möglichkeit darin bestehen, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Mit dem Angebot der Gründerwerkstätten konnten in 2006 rund 100 Jugendliche beraten und qualifiziert werden, um anschließend erfolgreich ihr Gründungsvorhaben realisieren zu können. Im Rahmen des berufsbezogenen internationalen Jugendaustauschs (BIJ) werden grenzüberschreitende berufsbezogene Austausche von Jugendlichen gefördert. Diese Förderung ist zum 31.12.2006 beendet worden. Projekte aus EU-Aktionsprogrammen (z. B. LEONARDO und SOKRATES) können durch die Landesförderung eine Komplementärförderung erhalten. Im Jahr 2006 konnten 142 Jugendliche am diesem Austauschprogramm teilnehmen. Das Programmvolumen belief sich auf knapp 0,09 Mio. Euro aus Lottomitteln. Für das Programm „Lohnkostenzuschüsse für Jugendliche an der 2. Schwelle“ standen Mittel des Bundes-OP zur Verfügung. Bewilligt wurden in 2006 rund 0,8 Mio. Euro. Programmzeitraum war 01. Juli 2006 bis 30. August 2007. Insgesamt konnten 139 arbeitslose Jugendliche durch Lohnkostenzuschüsse in unbefristete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert werden, davon 56 junge Frauen.

Im Rahmen der Landesinitiative „Junge Leute starten durch“ werden seit 2006 zudem sechs Projekte zur modellhaften Erprobung von Arbeitgeberzusammenschlüssen gefördert, die sich speziell an arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung richten.

4.3.3 Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch regionale Kompetenzbildung

Sowohl auf EU- wie auch auf Bundesebene wird seit längerem die Regionalisierung von politischen Entscheidungsprozessen als Notwendigkeit erkannt. Dahinter verbirgt sich die regionalwissenschaftliche Erkenntnis, dass durch die Beförderung endogener Potenziale Räume bzw. Regionen ihre Stärken und Vorteile besser zur Geltung bringen können. So nimmt in allen europäischen Ländern die Bedeutung einer regional ausgerichteten Wirtschafts- und Strukturpolitik zu. Den Regionen werden zusehends mehr Aufgaben übertragen, dabei erhalten die lokalen wie kommunalen Akteure eine Schlüsselrolle bei der Formulierung und Umsetzung von regionalen Politiken. Diese

Entwicklung lässt sich natürlich auch für den Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nachvollziehen. Auch hier wurde erkannt, dass Kommunen aufgrund ihrer spezifischen Kenntnisse vor Ort die geeignete Ebene zur Konzeptionierung und Umsetzung von arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen sind. Denn erst im Zusammenspiel mit regionaler Struktur- und Wirtschaftspolitik lässt sich Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsabbau wirksam bekämpfen.

Auch die Arbeitsmarktreform des Bundes setzt zielgerichtet auf den Prozess der regionalen Kompetenzbildung. Seit der Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II (ALG II) sind die Kommunen aktiv in die Arbeitsmarktpolitik einbezogen. Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt sind den Kommunen neue Aufgaben bzw. Zuständigkeiten übertragen worden. Im Ergebnis sind sie nunmehr konkret in die Arbeitsvermittlung eingebunden. Die Möglichkeiten, die sich mit diesem arbeitsmarktpolitischen Paradigmenwechsel für die lokalen und kommunalen Akteure wie auch Sozialpartner/-innen ergeben, erfordern jedoch ein klares Handlungsverständnis. Es gilt die unterschiedlichen Handlungslogiken, Ressourcen und Zieldefinitionen für eine wirksame kommunale Beschäftigungspolitik in Übereinstimmung zu bringen. Hier sieht die Landesregierung Brandenburgs einen großen Unterstützungsbedarf und hat mit einem neuen Förderansatz auf diese Herausforderung reagiert. Am 01. Juli 2005 wurde vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (MASGF) modellhaft das Regionalbudget für zwei Jahre eingeführt.

Mit dem Förderinstrument „Regionalentwicklung stärken – Langzeitarbeitslose schneller integrieren“ (Regionalbudget) wurden den Landkreisen und kreisfreien Städten erstmalig eigenverantwortlich Mittel zur Verfügung gestellt, um eigene Instrumente der Arbeitsmarktpolitik einzusetzen und dabei ihre regionalen Entwicklungsziele zu verfolgen. Gestartet als Pilotvorhaben wurde erprobt, wie erfolgreich regionalisierte Arbeitsmarktpolitik sein kann. Das Modellvorhaben fokussiert auf eine dreifache Zielstellung: Zum einen die Förderung der Regionalentwicklung unter Einbeziehung von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern, zum anderen die Verbesserung der Vermittlungschancen von Langzeitarbeitslosen und darüber hinaus die Verbesserung der sozialen Teilhabe langzeitarbeitsloser Menschen.

In einem Wettbewerbsverfahren wurden die drei Landkreise Barnim, Prignitz und Spree-Neiße sowie die kreisfreie Stadt Potsdam ausgewählt, die für zwei Jahre Mittel des ESF erhielten. Deren Konzepte wiesen sehr unterschiedliche Schwerpunktsetzungen auf und verfolgten verschiedene Integrationsansätze im Rahmen der Regionalentwicklung. Neben sektoralorientierten Ansätzen (Gesundheitswirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft, Kultur u. a.) wurden Konzepte favorisiert, die entweder zur Infrastrukturentwicklung beitragen sollten oder auf übergeordnete Themen, wie etwa regionale Fachkräfteentwicklung, setzten. Zwei exemplarische Beispiele sollen das Spektrum verdeutlichen: So setzte der Landkreis Barnim auf die Entwicklung hin zu einer ganzheitlichen Gesundheitsregion, die insbesondere die Potenziale der Gesundheits- und der Tourismuswirtschaft nutzt. Als arbeitsmarktpolitische Instrumente standen das zertifizierte Profiling und die Einrichtung eines Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Pools im Vordergrund. Demgegenüber fokussierte die Stadt Potsdam auf ein Zwei-Säulenkonzept. Mit dem Strang „step by step“ wurden vorhandene Mismatch-Probleme angegangen, indem arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene für die Berufe und Tätigkeiten qualifiziert wurden, in denen eine erhöhte Nachfrage erwartet wird bzw. schon vorhanden ist. Damit wurden

regionalen Fachkräfteengpässen vorgebeugt. Mit der zweiten Säule „Ideen und Arbeit“ wurde die soziale Teilhabe von Langzeitarbeitslosen verbessert. Dies wurde insbesondere durch die Förderung von Kleinstprojekten bewirkt, die den geförderten Personen einen (Wieder-)Einstieg in Erwerbsarbeit ermöglichten. Allen Modellprojekten war gemein, dass umfassende Verfahren der Qualitätssicherung installiert wurden, um eine möglichst erfolgreiche Umsetzung zu gewährleisten.

Mithilfe einer formativen Evaluation wird das Modellvorhaben Regionalbudget seit 2005 wissenschaftlich begleitet. Die endgültigen Ergebnisse und Bewertungen werden Ende 2007 vorliegen. Beauftragt wurde die Gesellschaft für Umwelt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung mbH (Taurus), ein Institut der Universität Trier. Die Evaluierung des Regionalbudgets verfolgt eine doppelte Aufgabenstellung, einerseits die Ermittlung der konkreten Ergebnisse sowie die Bewertung der Zielerreichung und andererseits die prozessbegleitende Beratung und Unterstützung der vier Projektträger. Darüber hinaus hat der Evaluator beizeiten Empfehlungen für eine mögliche flächendeckende Implementierung des Regionalbudgets gegeben, so dass das Regionalbudget landesweit am 1. Juli 2007 starten konnte.

Auf Grundlage vorliegender Zwischenergebnisse lässt sich eine erste Bewertung zum Erfolg des Regionalbudgets formulieren: Betrachtet man alle Modellregionen zusammen, so ist abzusehen, dass das Regionalbudget seine oben genannten drei Teilziele erreichen wird. Ein Befragung der teilnehmenden arbeitslosen Frauen und Männer hat ergeben, dass die Vermittlungs- und Qualifizierungsaktivitäten in den Modellregionen insgesamt positiv beurteilt werden. Auch die Maßnahmen zur sozialen Teilhabe werden als erfolgreich eingeschätzt. Zudem hat die Evaluierung herausgefunden, dass die Regionalbudgets zur Entwicklung regionalspezifischer und innovativer Instrumente beitragen und damit auch zu einem „Inkubator“ guter Ideen, insbesondere zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen und sonstigen SGB II-Leistungsempfängern/-empfängerinnen werden. Darüber hinaus besteht der besondere Mehrwert der Regionalbudgets gegenüber den gesetzlichen Leistungen des SGB II und III in der Verknüpfung von Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Regionalentwicklung: Arbeitspolitik wird so selbstverständlicher Bestandteil einer umfassenden regionalen Entwicklungsstrategie.

Durch das Regionalbudget wurde ein Perspektivwechsel von der klassischen Landesarbeitsförderung zu einer Förderpolitik eingeschlagen, die in ihrer regionalen Orientierung auf die Aktivierung endogener Potenziale setzt. Damit nimmt das Maß an regionaler Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit zu, da die kommunalen Akteure die Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Regionen besser kennen und häufig einen näheren Kontakt zu den Unternehmen vor Ort pflegen. Die Regionalbudgets können einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung der Potenziale der Region leisten, denn es lassen sich auf Grundlage einer Multiplikatoranalyse sowohl Wertschöpfungs- wie auch Beschäftigungseffekte messen. Konkret sind in den Regionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, die sich allein auf die Mittelverausgabung und die davon ausgehenden Multiplikatorwirkungen begründen. Allerdings hat die Arbeit der vier Modellprojekte auch gezeigt, dass hinsichtlich der Qualität der regionalen Entwicklungskonzepte und deren Umsetzung immer wieder Probleme auftreten können. Hier könnten künftig „good practice“ Beispiele als Orientierung dienen. Mit dem Regionalbudget wurde ein wichtiger Grundstein für regionale Lernprozesse im Land gelegt, der durchaus zur Verbesserung der regionalen Handlungsfähigkeit beitragen kann.

Anlagen

Verzeichnis der Grafiken und Tabellen		Seite
Grafik 1	Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes 2000 bis 2006 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	13
Grafik 2	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2000 bis 2006 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	14
Grafik 3	Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2006 im Land Brandenburg und in Deutschland	15
Grafik 4	Beschäftigungsentwicklung Juni 2000 bis Juni 2006 im Land Brandenburg	17
Grafik 5	Entwicklung der Beschäftigung 2000 bis 2006 nach Sektoren im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	19
Grafik 6	Einstellungsraten im Land Brandenburg	21
Grafik 7	Entwicklung der Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen 2000 bis 2006 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	23
Grafik 8	Arbeitslosenquoten der Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 2005 und 2006 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	26
Grafik 9	Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe im Land Brandenburg 2006	30
Grafik 10	Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Brandenburg nach kreisfreien Städten und Landkreisen zwischen dem 30. Juni 2005 und dem 30. Juni 2006; Veränderungsraten in Prozent	34
Grafik 11	Arbeitslosenquoten bezogen auf alle Erwerbspersonen im Land Brandenburg im Jahresdurchschnitt 2006	35
Grafik 12	Veränderung der Arbeitslosenquoten 2006 bezogen auf alle Erwerbspersonen im Vergleich zum Vorjahr im Land Brandenburg	36
Grafik 13	Arbeitslosengeld-II-Quote im Jahresdurchschnitt 2006 im Land Brandenburg	37

	Seite	
Grafik 14	Verteilung der Fördermittel des Landesprogramms nach Schwerpunktbereichen im Jahr 2006	58
Tabelle 1	Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West 2000, 2005 und 2006	18
Tabelle 2	Struktur der Arbeitslosen nach Rechtskreisen (SGB III und SGB II) im Land Brandenburg im Jahr 2006	27
Tabelle 3	Gesamtzahl der Auszubildenden in den einzelnen Ausbildungsbereichen in 2006	31
Tabelle 4	Daten der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit des Jahres 2006	32
Tabelle 5	Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsplätze je Hundert bei den Agenturen für Arbeit und Trägern der Grundversicherung gemeldeten Stellen nach Agenturbezirken im Land Brandenburg, 2005 und 2006	38
Tabelle 6	Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsverträge nach Kammerbezirken im Land Brandenburg 2005 und 2006	39
Tabelle 7	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einpendler, Auspendler sowie der Pendlersaldo im Land Brandenburg	40
Tabelle 8	Mitteleinsatz der Bundesagentur für Arbeit im Land Brandenburg im Rechtskreis SGB III	42
Tabelle 9	Ausgewählte SGB II-Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Land Brandenburg im Jahr 2006 (ohne zugelassene kommunale Träger)	43
Tabelle 10	Ausgewählte Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2005 und 2006 im Land Brandenburg	44
Tabelle 11	Teilnahme von Frauen an ausgewählten Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2005 und 2006 im Land Brandenburg	46

	Seite
Tabelle 12 Eingliederungsquoten nach Austritt von Teilnehmenden aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit Förderung nach Rechtskreis SGB III, untersucht 6 Monate nach Austritt im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	47
Tabelle 13 Bewilligte Förderanträge und Förderfälle in der Förderperiode 2000 bis 2006	55
Tabelle 14 Entwicklung der Förderfallzahlen im Zeitraum 2000 bis 2006 nach Programmschwerpunkten	56
Tabelle 15 Bilanz des Landesprogramms in 2006 – Förderfälle und Mitteleinsatz	59
Tabelle 16 Förderergebnisse ausgewählter Programme im Schwerpunkt berufliche Ausbildung	60
Tabelle 17 Förderergebnisse ausgewählter Programme im Schwerpunkt Integration	60
Tabelle 18 Förderergebnisse ausgewählter Programme im Schwerpunkt Prävention	62
Tabelle 19 Förderergebnisse ausgewählter Programme im Schwerpunkt Innovation	63

Abkürzungsverzeichnis

AA	Agenturen für Arbeit
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
AG	Arbeitsgruppe
ALG II	Arbeitslosengeld II
APRO	Ausbildungsplatzprogramm
ARGe	Arbeitsgemeinschaft
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAB	Programme der beruflichen Ausbildung
BaE	Berufsausbildung in überbetrieblichen Einrichtungen
BIJ	berufsbezogener internationaler Jugendaustausch
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BGBI	Bundesgesetzblatt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMWT	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BSI	Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen
EQJ	Einstiegsqualifizierungsjahr
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
eurostat	Statistische Amt der Europäischen Union
FbW	Förderung der beruflichen Weiterbildung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
INO	Programme zur Innovation
INT	Programme zur Integration
KMU	kleine und mittelständische Unternehmen
LAPRO	Landesprogramm Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg
LDS	Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg
MASGF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg
MdB	Mitglied des Bundestages
OP	Operationelles Programm
PRÄV	Programme zur Prävention
SAM	Strukturanpassungsmaßnahmen
SGB II	Sozialgesetzbuch II
SGB III	Sozialgesetzbuch III
SÖSTRA	Institut für sozialökonomische Strukturanalysen in Berlin
VerBIS	Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem der Bundesagentur für Arbeit
zkT	zugelassene kommunale Träger

Notizen

Notizen

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Familie des Landes Brandenburg**

Öffentlichkeitsarbeit

Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
www.masgf.brandenburg.de

Titelgestaltung und Satz: Martina Sailer/Martina Kohl, Berlin
Lektorat: Evelyn Teschner
Druck: Druckerei Arnold
Auflage: 800

Dezember 2007

Diese Broschüre wird durch das MASGF, aus Mitteln des
Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg gefördert.

Europäischer Sozialfonds – Investition in Ihre Zukunft